Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6gespaltene Petitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 8 — Sonntag, den 23. Februar — 1913

Das Petroleummonopol.

Ein merkwürdiger Vorgang im deutschen Parlamentarismus ist die Arbeit des Reichstages zur Schaffung eines Petroleummonopols. Wir sehen davon ab, die sich widersprechenden Darstellungen über die Beweggründe zu besprechen, die die Regierung veranlaßten, den Plan der Monopolisierung des Petroleumhandels in Deutschland aufzunehmen und dem Reichstag zu unterbreiten. Ob die Deutsche Bank oder andere Finanzmächte dabei interessiert oder beteiligt sind, tut der Frage, die wir hier noch einmal aufwerfen, keinen Eintrag. Die Frage lautet: Kann das beabsichtigte Monopol das Petroleum für die deutschen Konsumenten verbilligen?

Das ist die Kardinalfrage der Konsumenten. Dieser Frage wird entgegnet, daß vor allem der Monopolisierung der Petroleumgewinnung und des Handels mit Petroleum durch den amerikanischen Dollar-Milliardär Rockefeller vorgebeugt, resp. daß sie verhindert werden soll. Durch dieses eventuelle Privatmonopol drohe der ganzen petroleumbedürftigen Welt eine unerhörte Ausbeutung. Richtig ist, daß, wenn dieses Privatmonopol zustande käme, die Inhaber des Monopols die Preise diktieren und damit sich einen Profit verschaffen könnten, wie es ihnen beliebte. Und daß Rockefeller die Absicht hat, in diesem Sinne zu verfahren, dafür spricht die Emsigkeit und Findigkeit, mit der er durch seine Agenten — sollen doch selbst im Reichstag solche sitzen — gegen das Monopolprojekt der deutschen Regierung operiert. Auffällig ist auch die Haltung des gesamten Zentrums, dem man Beziehungen zu Rockefeller vorwirft, gegen das Monopol.

Dem sei nun, wie ihm wolle — jetzt ist die Sache so weit gediehen, daß die Kommission des Reichstages gegen die Stimmen des Zentrums beschlossen hat, das Monopol in einer Form einzuführen, daß dem Reiche resp. seiner Gesetzgebung der entscheidende Einfluß auf die Geschäftsleitung gewahrt werden soll. Ob das Projekt nun in dieser Form vor das Plenum des Reichstages gebracht und von diesem endgültig angenommen werden wird, steht noch dahin.

Bemerkenswert ist, daß die Gestaltung des Monopols nach dem Regierungsentwurf abgelehnt wurde. Die sozialdemokratische Fraktion hatte Grundforderungen gestellt, die von der Kommission abgelehnt wurden, darauf stimmten ihre Kommissionsmitglieder gegen den Entwurf. Nunmehr, in der zweiten Lesung, wurden die Grundforderungen für den Prinzipalteil angenommen, daher kam mit den sozialdemokratischen Stimmen die oben erwähnte Mehrheit zustande. Bleibt noch die Gestaltung der weiteren Teile des Gesetzentwurfs übrig, von der es abhängen wird, ob der Entwurf mit den sozialdemokratischen Forderungen in der Kommission fertig wird.

Doch, in Rücksicht auf die oben aufgeworfene Frage bemerken wir, daß sich die Sozialdemokratie keinen Illusionen über das möglicherweise zustande kommende Monopol hingibt. Sie war durch den Regierungsentwurf gezwungen, Stellung zu nehmen und mußte nun alles versuchen, die Sache so günstig wie möglich zu gestalten. Darin hat sie ihre Pflicht getan und wird sie weiter tun. Daß ein Monopol im bürgerlich-kapitalistischen Staate nicht in demokratisch-sozialistischer Form geschaffen werden kann, dafür sorgt schon die bürgerlich-kapitalistische Mehrheit im Reichstage.

Kann denn nun aber ein Monopol, das sich gegen die überwuchernde amerikanische Milliardenwirtschaft der dortigen Trusts und Milliardäre richtet, von Erfolg begleitet sein? Die Antwort auf diese Frage kann erst die Zukunft geben, d. h. wenn das Monopol zustande kommt. In den Staaten Europas wird, wie auch in Amerika, kapitalistische Ausbeutung betrieben. Könnte eine schärfere Ausbeutung der Petroleumkonsumenten durch amerikanische Milliardäre verhindert werden durch das Monopol, so schließt das die bisherige Ausbeutung der Konsumenten nicht aus, denn auch dieses Monopol kocht mit kapitalistischem Wasser. Es ist nur ein Experiment, das uns zeigen wird, wie alles im bürgerlichen Staat dem Kapitalismus zur Erringung von Profit dienen muß, weil ja die Mehrheit in der Gesetzgebung von dem kapitalistischen Prinzip nicht abläßt.

Die Konkurrenzverhältnisse auf dem Petroleummarkt sollen durch das Monopol beeinflußt werden. Eine Aenderung erleiden sie durch das Monopol, das ist gewiß. Zu wessen Gunsten, steht noch nicht fest. Vorläufig heißt es, zugunsten der deutschen Konsumenten. Und dahin geht ja die Absicht der Sozialdemokraten bei der Gestaltung des Monopols. Gelingt dies, nun gut. Es kommt jedoch darauf an, welchen Gegenzug Rockefeller und seine Leute gegen das Monopol unternehmen werden. Die Aktionen des Großkapitals sind von schier unberechenbarer Art. Das hindert freilich nicht, Versuche zu machen, die, wie sie auch ausgehen mögen, nur die Stellung des Proletariats in seinem Kampfe gegen den ausbeuterischen Kapitalismus stärken können, weil es sich bei solchen Versuchen keinen Illusionen hingibt. Daß Illusionen nicht aufkommen, dafür sorgt die positive Tätigkeit, die die sozialdemokratische Fraktion in dieser Angelegenheit entwickelt. Sie ist selbst frei von jeder Illusion. Das macht es ihr um so leichter, in kapitalistischen Fragen die Stellung einzunehmen, die ihr für das werktätige Volk am vorteilhaftesten erscheint.

Nun werden wir die Entwicklung der Sache im Reichstage weiter verfolgen, weil die Frage der Monopolisierung bestimmter Erwerbs- oder Produktionszweige mit dem Petroleummonopol nicht abgeschlossen, vielmehr wieder neu aufgerollt wird. Brauchen wir daran zu erinnern, daß sie für uns besonders interssant ist, weil das Tabakmonopol nicht nur in den Köpfen von Regierungsmännern, sondern ganzer Parteien spukt, wie z. B. in der konservativen Partei, aus der heraus die Forderung zunächst eines Zigarettenmonopols gestellt wurde, um wenigstens einen Anfang zu machen? Wir haben also die Sache sehr aufmerksam zu verfolgen.

Junker und Schlotbarone Arm in Arm gegen das Koalitionsrecht.

Junker Westarp erhält Sukkurs von den Schlotjunkern. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Ablehnung des konservativen Streikpostenantrages durch die Nationalliberalen nicht etwa so aufzufassen ist, als ob diese prinzipielle Gegner eines gesetzlichen Verbots des Streikpostenstehens wären. Den „liberalen" Herrschaften war die Art, wie die Krautjunker vorgingen, nur zu tolpatschig; sie wünschen, daß dem Koalitionsrecht der Arbeiter auf etwas elegantere Weise und mit weniger Lärm das Genick umgedreht wird. Das bestätigt jetzt das Organ der Schiffer, Fuhrmann und Genossen, die Altnationalliberale Reichskorrespondenz. Sie rekapituliert die Vorgänge im Reichstag und bemerkt dazu:

Wir bedauern außerordentlich, daß damit diese wichtige Angelegenheit eine Behandlung erfahren hat, die sie nach ihrer Bedeutung nicht verdiente und die in unseren gewerblichen Kreisen und weit darüber hinaus das niederdrückende Gefühl verbreitet hat, als mangele es der Reichsregierung wie dem Parlament an Erkenntnis der drohenden Gefahr, an Energie und Entschlußkraft. Der Zentrumsabgeordnete Irl, der die Notwendigkeit eines verstärkten gesetzlichen Schutzes der Arbeitswilligen anerkannte, beklagte, daß die Form des konservativen Antrages ihm die Zustimmung unmöglich mache. Es ist auch sonst bedauert worden, daß die Art des konservativen Vorgehens, das absichtliche Unterlassen jeder notwendigen vorhergehenden Fühlungnahme, die stark parteiagitatorische und aggressive Begründung, eine Verständigung sehr erschwerten. Trotz alledem hätte es sich ermöglichen lassen müssen, in einer eingehenden sachlichen Besprechung zu einer größeren Klärung und Annäherung der Anschauungen der Parteien wie der Regierung zu kommen. Statt dessen sehen wir eine schroffe, sachlich gar nicht oder kaum begründete Ablehnung des Gedankens.

Das nationalliberale Organ „beklagt lebhaft" diesen Ausgang des konservativen Vorstoßes und beanstandet die „wenig wohlwollende Behandlung, insbesondere durch die Reichsregierung", um dann zu versichern, „daß die Verhältnisse unseres gewerblichen Lebens nach einer gesetzgeberischen baldigen, und nicht, wie Herr Delbrück meint, nach sieben bis acht Jahren im neuen Strafgesetzbuch zu erledigenden Lösung geradezu rufen". Natürlich ist das eventuelle Verbot des Streikpostenstehens, das, wie hervorgehoben wird, auch die nationalliberale „Kölnische Zeitung" mehrfach gefordert hat, durchaus kein „Eingriff in die Koalitionsfreiheit". Ganz im Gegenteil: es ist „gerade vom liberalen Standpunkte aus wohl verständlich, wenn man untersucht, ob nicht die heute üblichen Formen des Streikpostenstehens, das mit seinen Folgen in Werkstatt und Haus eine gewalttätige Bedrohung der Willensfreiheit Arbeitswilliger darstellt, die Koalitionsfreiheit in den Koalitionszwang verkehrt haben". Und so kommt denn das Sprachrohr des Rechtsnationalliberalen zu dem Schluß:

Wenn je, dann war hier Gelegenheit, ein Problem, von dessen glücklicher Lösung die Entwicklung unseres gewerblichen Lebens und damit unsere wirtschaftliche Zukunft wesentlich abhängt, einmal ohne Parteileidenschaft gründlich zu erörtern mit dem ehrlichen Willen, einer objektiven Lösung näher zu kommen. In einer solchen Debatte mußte die Reichsregierung die Führung haben. Statt dessen sahen wir ein ängstliches Zurückweichen, ein zauderndes Abwarten, ein kaltes Vertrösten. Ob hiermit, abgesehen von den großen in Frage stehenden gewerblichen und Arbeiterinteressen, den Reichsinteressen gedient ist, das will uns sehr zweifelhaft erscheinen.

Was hier die Altnationalliberale Reichskorrespondenz mit dürren Worten ausspricht: die Sehnsucht nach einem neuen Zuchthausgesetz, das wird von Tausenden ihrer nationalliberalen Parteigenossen geteilt. Die Gutachten der Handelskammern sind ja dafür ein sprechender Beleg. Und darum ist es nicht ausgeschlossen, daß die Fraktion Drehscheibe schon übermorgen, wenn ihr die Situation günstig dünkt, mit Hurra einem noch viel bösartigerem Gesetzesvorschlag zustimmt, als ihn die berufsmäßigen Scharfmacher in ihrer blinden Drauflängerwut heute fordern. Eine Partei, die zwölf Jahre lang das Bismarcksche Schandgesetz gegen die Sozialdemokratie mit ihren Stimmen stützte, ist zu jedem Schurkenstreich gegen die organisierte Arbeiterschaft fähig.

Einfluss der sozialen Lage auf die Tuberkulose.

Als eine Magenfrage und eine Wohnungsfrage bezeichnet Professor M. Mosse (Berlin) in einem lesenswerten Artikel des von uns bereits früher erwähnten Werkes „Krankheit und soziale Lage" die Tuberkulose. In Konsequenz dieses Standpunktes fordert er, daß alle Maßnahmen, die geeignet sind, eine Verbilligung der Nahrungsmittel und eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse herbeizuführen, in größerem Umfange bei uns angestrebt werden müssen.

Das Material, auf das er sich stützt, ist so beweiskräftig, daß niemand, dem es im Ernst um die Bekämpfung der Proletarierkrankheit zu tun ist, daran vorübergehen kann. Daß überhaupt die soziale Lage im engen Zusammenhang mit der Entstehung der Tuberkulose steht, ist eine Tatsache, die heute wohl allgemein, sowohl von Aerzten, wie von Statistikern, Nationalökonomen und praktischen Politikern anerkannt wird. Bereits Prinzing hat nachgewiesen, daß die unteren Gesellschaftsschichten, die Armen, viel mehr von der Tuberkulose bedroht sind, als die Reichen, weil sie teils wegen der mangelhaften Ernährung, teils wegen des engen Wohnens und anderer Umstände, die stattgehabte Infektion viel weniger zu bewältigen imstande seien. „Je besser daher in einem Lande die Lebenshaltung der unteren Volksmassen ist, desto mehr sind sie gegen die Gefahren der Tuberkulose geschützt, desto geringer wird die Sterblichkeit an Tuberkulose ausfallen." Zu dem gleichen Resultat kommen alle anderen Forscher. Nun läßt es sich nicht bestreiten, daß seit einer größeren Reihe von Jahren die Sterblichkeit der Tuberkulose in manchen Ländern, z. B. Preußen, Bayern, England und Wales ständig abnimmt. Daß aber im besonderen für Deutschland der Rückgang der Sterblichkeit auf den Einfluß der staatlichen Arbeiterversicherung und der Errichtung von Lungenheilstätten zurückzuführen ist, bestreitet Mosse. Gerade das Beispiel von England zeige die Unrichtigkeit dieser Annahme, denn dort habe es bisher keine staatliche Arbeiterversicherung gegeben und auch die Zahl der Volkslungenheilstätten sei eine überaus kleine. Weit mächtiger habe ein anderer Faktor eingewirkt, dessen Einfluß ausschlaggebend sei. Dieser Faktor werde durch die gewaltige und durchgreifende Reform der öffentlichen Gesundheitspflege und der Wohnungsfürsorge, sowie durch die fortschreitende Hebung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiterstandes repräsentiert. Die Hauptwege zu einer erfolgreichen Bekämpfung der Tuberkulose sieht Mosse in Uebereinstimmung mit Robert Koch u. a. in der Wohnungsfürsorge und in der Isolierung der Lungenkranken in Krankenanstalten.

Ebenso groß wie der Einfluß der Wohnung ist der der Ernährung und des Berufs auf das Zustandekommen der Tuberkulose. Allerdings läßt sich die Wirkung dieser einzelnen Faktoren oft nur schwer von einander trennen, in den meisten Fällen findet eine Summierung der Wirkungen statt. Daß Zeiten der Teuerung einen gewissen Einfluß haben können auf das Zustandekommen der Tuberkulose ist verständlich, denn je teurer die Lebenshaltung ist, desto geringer ist der Betrag, der nach Abzug der Wohnungsmiete für die Bestreitung des übrigen Lebensunterhalts zur Verfügung steht. Diese Tatsache wird auch durch einwandfreie Untersuchungen bestätigt. So hat Linden vor einigen Jahren in der „Wiener Klinischen Wochenschrift" Untersuchungen über den Einfluß von Notjahren auf die Tuberkulosehäufigkeit veröffentlicht und festgestellt, daß die Kinder, die in den Jahren 1866, wo in Finnland eine starke Hungersnot herrschte, gezeugt waren, zum großen Teil später als militäruntauglich befunden wurden. Auch Gruber meint, daß eine länger dauernde merkliche Verschlechterung der Ernährung der breiten Volksschichten aus irgend einem Grunde eine Wiederausbreitung der Schwindsucht zur Folge haben werde.

Mit Recht zieht Mosse aus seinen Untersuchungen den Schluß, daß die Tuberkulose als sozial bedingte Krankheit erfolgreich nur durch soziale Maßnahmen bekämpft werden kann. Er stellt den Nutzen der Lungenheilstätten keineswegs in Abrede, macht aber darauf aufmerksam, daß die Kranken, sobald sie in ihre engen Wohnungen zurückkehren, aufs neue der Gefahr der Infektion ausgesetzt sind. Alles in allem liefert die Arbeit

von Mosse aufs neue den Beweis dafür, daß alle Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose solange ihre volle Wirksamkeit nicht entfalten können, wie nicht Hand in Hand damit eine Verbesserung der sozialen Lage des Volkes einhergeht. Das sollten sich vor allem die gesetzgebenden Körperschaften und die Regierungen gesagt sein lassen, sie sollten endlich von ihrer Wucherpolitik ablassen, dem Volke gesunde, billige Nahrung und gute, billige Wohnungen verschaffen und den Bestrebungen der Arbeiterorganisationen auf Hebung der Arbeiterklasse keine Hindernisse in den Weg legen.

Reichstagsbrief.

Der Justizetat gab den Rednern der sozialdemokratischen Fraktion Gelegenheit, die gerichtlichen Praktiken gegen die Arbeiterbewegung an unerhörten Urteilen verschiedener Art zu illustrieren. Der erste Redner, Genosse Dr. Cohn, brachte eine Fülle von Material zu Gehör, die der deutschen Klassenjustiz den Stempel der Arbeiterfeindlichkeit unauslöschlich aufprägt. Urteile gegen streikende Arbeiter, die das „Verbrechen" des Streikpostenstehens begangen hatten, oder sonstiger kleiner, unbedeutender Belästigungen von Streikbrechern für schuldig befunden wurden, sind zahlreich wie Sand am Meer, und von einer Härte, daß sie die Behauptung bestätigen, es werden gemeine Gesetzesvorschriften ausnahmegesetzlich gegen streikende Arbeiter angewandt.

Mit welcher Rücksicht die Justiz handelt, wenn andere Delikte und Personen in Betracht kommen, das führte Genosse Cohn mit dem Hinweis auf den „wegen Krankheit" des Grafen Eulenburg ins Unendliche verschobenen bekannten Prozesses vor Augen. Ferner geißelte Redner die Lockspitzelei, die von staatsanwaltschaftlichen Hilfsorganen gefördert werde. Er fand manches scharfe und treffende Wort für diese Sünden der Klassenjustiz, wenn auch bürgerliche Redner bestritten, daß eine Klassenjustiz in Deutschland bestehe.

Aber es drückte selbst der Fortschrittler Haas seine Verwunderung und sein Mißfallen darüber aus, daß einfache Beleidigungen, die sonst mit 5—6 M Strafe von den Gerichten belegt werden, an Arbeitern mit 4—10 Wochen Gefängnis geahndet worden sind, wenn sie gegen Streikbrecher gefallen waren.

Als der Staatssekretär der Justiz, Dr. Lisco, die Justiz verteidigte und bestritt, daß sie von Klassenvorurteilen durchtränkt sei, unternahmen es dann noch die Genossen Landsberg und Heine, weiteres Material vorzuführen und die Reformbedürftigkeit der deutschen Justiz aufs Dringlichste zu befürworten.

Sehr glücklich führte Genosse Landsberg einen Ausspruch des verstorbenen Reichsgerichtsrats Mittelstaedt ins Treffen, der mit nackten Worten die Auffassung aller „stark gouvernemental gerichteten Gemüter des heutigen deutschen Richterstandes" folgendermaßen in der Hardenschen „Zukunft" im Jahre 1898 skizziert hat:

„Da die böse Sozialdemokratie nun einmal nicht mehr in der Zwangsjacke eines drakonischen Ausnahmerechts steckt, muß das gemeine Recht die erforderlichen Handhaben der gewünschten Fesselung darbieten. Und da das gemeine Strafrecht mit seinen Normen nun einmal nicht darauf zugeschnitten ist, speziell gegen die Sozialdemokratie Waffen herzugeben, muß man diese Normen fein säuberlich durch juristisches Dehnen und Pressen für den Zweck zurechtrenken. Noch haben wir, die Vertreter heutiger Staats- und Gesellschaftsordnung, die richterliche Gewalt in Händen: machen wir davon rücksichtslos Gebrauch gegen die Todfeinde unseres Staates und unserer Gesellschaft, ehe die soziale Revolution uns ans Messer liefert! So etwa denken die bewußtesten und ehrlichsten Köpfe deutschen Richterstandes, denen die übrigen bongré malgré nachgiebig folgen."

Schärfer konnte die Beschuldigung der deutschen Justiz kaum aus einer sozialdemokratischen Feder fließen, als sie hier Mittelstaedt, der erfahrene Jurist, aussprach. Es nützt daher gar nichts, wenn der Staatssekretär schwächliche Ableugnungen gegen die sozialdemokratischen Vorwürfe unternahm, auch dem simpelsten Staatsbürger muß doch die unglaubliche Härte vieler Urteile gegen einfache Arbeiter auffallen.

Waren die bürgerlichen Parteien natürlich einverstanden mit der Methode, der Arbeiterbewegung durch diese scharf gegeißelte Ausdeutung und Handhabung der Gesetze Hindernisse zu bereiten, so gab es doch einen Teil unter ihnen, die dem Staatssekretär das Verlangen abschlugen, einen sechsten Reichsanwalt am Reichsgericht einzustellen. Genosse Heine hatte die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie unter anderem auch damit begründet, daß im Falle Liebknecht die Reichsanwaltschaft sich habe zu einem Tendenzprozeß verwenden lassen, der beweise, daß Arbeitskräfte des Reichsgerichts ihrem eigensten Tätigkeitskreis ferngehalten werden. Grundsätzlich stimmten aber die Sozialdemokraten gegen diese einseitige Erweiterung der Gerichtsbarkeit, die dann auf der anderen Seite des nötigen Richterpersonals ermangele.

Und so kam es, daß der sechste Reichsanwalt mit 143 Stimmen der Sozialdemokratie und des Zentrums — das gegenwärtig der Regierung in solchen nicht staatserschütternden Dingen seine Macht fühlen lassen will, um außer der Jesuitenforderung allerhand Konzessionen zu erlangen — gegen 116 Stimmen aller übrigen Parteien abgelehnt wurde. Der Staatssekretär machte darüber ein ebenso verdutztes Gesicht, wie andere seiner Kollegen, denen in letzter Zeit vom Zentrum solche Nadelstiche versetzt wurden.

Daß durch die Kritik an der Klassenjustiz etwas geändert werde, ist, leider nach allen Erfahrungen nicht anzunehmen. „Noch haben wir die richterliche Gewalt in Händen" — denkt nicht nur die Regierung, sondern denken auch die bürgerlichen Parteien, die ja gerade die „Aufsässigkeit" der Arbeiter gegen die Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft mit Hilfe der Polizei und Gerichte glauben brechen zu können. Die politischen Machthaber und die kapitalistischen Ausbeuter wenden gemeinsam noch alle Macht auf, die sie in Händen haben, um den Prozeß der Sozialisierung der menschlichen Gesellschaft abzuwenden.

Wie lange noch?

Rundschau.

Kriegswirkungen. Die Verhältnisse auf dem Balkan lasten von neuem auf dem Wirtschaftsleben. Noch zeigen die Produktionsausweise der Schwerindustrie Rekordziffern. Aber man weiß, daß diese Anforderungen nur dem augenblicklichen Bedarf dienen, während mit Abschlüssen für weitere Zeit zurückgehalten wird. Wie sehr diese ganze Situation auf der Börse lastet, schildert anschaulich ein Berliner Blatt in einem Bericht über einen Berliner Börsentag: Die Börse macht einen trostlosen Eindruck. Das Publikum bleibt dem Zeitgeschäft fern, die Spekulation ist ängstlich, der Verkehr stockt, die Kurse sind nominell. Der starke Druck, der auf der Börse lastet, geht hauptsächlich vom Geldmarkt aus, der ganz ungewöhnliche Verhältnisse zeigt. Die Geldsorgen erzeugen Bedenken wegen der gewerblichen Konjunktur, denn die Industrie findet nicht mehr die Mittel, um die Erweiterungsanlagen zu Ende zu führen und die vergrößerten Betriebe in Gang zu halten. Hauptabnehmer der Industrie, die Städte, müssen wegen Geldmangels die Ausführung wichtiger Anlagen hinausschieben oder unterlassen. Auch das Ausland versagt als Abnehmer, denn große Absatzgebiete im Ausland sind unsicher und unrentabel geworden. Wie es scheint, vollzieht sich gegenwärtig ein allgemeiner Konjunkturrückgang in den großen Kulturstaaten, von dem auch diejenigen Länder nicht ausgenommen sind, deren Industrie von dem Balkankrieg unberührt blieb. Dies gilt insbesondere von Nordamerika, woselbst der Preissturz des Kupfers als Gradmesser für die gewerbliche Lage angesprochen wird. Die schwache Verfassung der Auslandsbörsen verschärfte die Mißstimmung des hiesigen Platzes. Die Kurse blieben bis zum Schluß des Verkehrs ohne Erholung. Am Kassamarkt herrschte das Angebot vor, nur wenige Papiere machten Ausnahmen.

Die Beamten und die Teuerung. In einer öffentlichen, stark besuchten Versammlung der vereinigten unteren Reichs- und Staatsbeamten des Ruhrgebiets, die sich mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage dieser Beamtenschicht befaßte, wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: Wir erblicken in der durch die Teuerung bedingten Steigerung der Lebensmittelpreise eine Gefahr für den ganzen Beamtenstand. Wir richten daher an die maßgebenden Körperschaften die dringende Bitte, für baldige Bereitstellung der erforderlichen Mittel zu sorgen.

Die Fachausschüsse für die Heimarbeiterinnen. Der Bundesrat hat, wie berichtet wird, dem Gewerkverein der christlichen Heimarbeiterinnen Deutschlands auf dessen Eingabe, betreffend die Einrichtung von Fachausschüssen in bestimmten Orten, die Antwort zugehen lassen, daß die Einrichtung einer beträchtlichen Anzahl solcher Ausschüsse in Aussicht genommen sei.

Schutzmann und Streikposten. Ein Polizeibeamter nach dem Herzen der industriellen und agrarischen Scharfmacher erschien dieser Tage vor der Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts. Anläßlich eines Streiks in Düsseldorf-Oberbilk sollte sich ein als Streikposten fungierender Arbeiter dadurch strafbar gemacht haben, daß er „den Anordnungen eines Polizeibeamten nicht nachgekommen sei". Der Angeklagte war hinter einem Arbeitswilligen, der von einem Schutzmann begleitet wurde, hergeschritten. Dem „Hüter der Ordnung" gefiel diese Kontrolle nicht und er verbot das dem Streikposten. Weil sich der Arbeiter an dieses Verbot nicht gekehrt hatte, wurde er unter Anklage gestellt und vom Schöffengericht auch tatsächlich wegen Bedrohung (!) zu 20 M Geldstrafe verurteilt.

Die Berufungsverhandlung vor der Düsseldorfer Strafkammer hatte eine wesentlich andere Auffassung von der Sache. Der Schutzmann mußte zugeben, daß der Streikposten weder auf den Arbeitswilligen eingeredet, noch die Ruhe irgendwie gestört habe; es sei aber ein Auflauf „zu befürchten" gewesen. Diese und ähnliche sonderbare Aussagen der Zeugen veranlaßten schließlich sogar den Vorsitzenden dazu, den Polizeibeamten darauf aufmerksam zu machen, daß das Streikpostenstehen gesetzlich gestattet und eine Einschränkung auf die bloße Vermutung hin, daß etwas geschehen könnte, ungesetzlich sei! Der Angeklagte wurde freigesprochen.

Angesichts der sich häufenden Uebergriffe von Polizeibeamten ist ein gesetzlicher Schutz der Streikposten dringend nötig.

Die „Entwicklung" der Christlichen. Der Arbeitslosenstatistik des Reichsarbeitsblattes entnehmen wir untenstehende Zahlen, die schon einen Einblick verschaffen in die Mitgliederbewegung der einzelnen christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912. Von den christlichen Verbänden hatten am 1. Januar Mitglieder:

	1912	1913
Keram- und Steinarbeiterverband	6 841	7 796
Metallarbeiterverband	43 302	42 263
Textilarbeiterverband	40 869	40 158
Lederarbeiterverband	5 877	5 952
Holzarbeiterverband	16 448	17 459
Tabak- und Zigarrenarbeiterverband	8 080	7 237
Graphisches Gewerbe	1 737	2 174
Gutenbergbund	3 102	3 296
Staats- und Gemeindearbeiterverband	15 517	18 740
	141 773	145 075

Demnach haben die neun christlichen Verbände, die dem Reichsamt des Innern Arbeitslosen- und Mitgliederzahlenmaterial übermitteln, im Jahre 1912 insgesamt 3 302 Mitglieder zugenommen. Mitgliederfortschritte dürften unter den hier nicht aufgeführten christlichen Verbänden höchstens noch die Eisenbahnerorganisation (Sitz Elberfeld), der christliche Maurerverband und die Organisation der christlichen Heimarbeiterinnen aufzuweisen haben. Dahingegen sind dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, infolge des schmählichen Arbeiterverrats im Ruhrbecken, viele Tausende Mitglieder verloren gegangen. Die Gesamtbewegung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 ist nicht vorwärts gekommen. Daran ändert der Angriffsbluff des „Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter" im Saarrevier auch nichts. Hier haben sich im November und Dezember 8—9000 Bergarbeiter durch den Gewerkverein kapern lassen, als die aber den Betrug erkannten, sind sie der christlichen Organisation wieder flöten gegangen. Da aber bekanntlich der Teufel in der Not Fliegen frißt, so werden die „8—9000 Mitglieder" noch im Geschäftsbericht des christlichen Verbandes für das Jahr 1912 mitgerechnet werden. Sonst sähe es doch gar zu erbärmlich mit dem Mitgliederbestand der christlichen Gewerkschaften aus.

Man muß sich fast zu Tode wundern über jene Leute, die immer noch glauben, die christlichen Gewerkschaften seien das „sicherste und beste und erfolgreichste Bollwerk" gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. In der Zeit, wo die freien Gewerkschaften 6—700 000 Arbeiter aufnahmen, sind die christlichen Gewerkschaften sozusagen stehen geblieben. Trotz aller Hilfe, trotz aller Protektionen! Die deutschen Arbeiter wollen nichts von diesen christlichen Streikbrecherorganisationen wissen. Das ist die Lehre, die sich aus obigen Zahlen ergibt.

Die Christen als Wahlfälscher. In Königsberg i. Pr. fand dieser Tage die Wahl des Gehilfenausschusses für die Zwangsinnung des Maler- und Lackierergewerbes statt. Bisher hatten die Christlichen den Ausschuß besetzt. Diesmal beteiligte sich auch der Zentralverband der Maler und Lackierer an der Wahl. Diese hatte eine recht rege Beteiligung aufzuweisen, und das Wahlkomitee konstatierte, daß 162 Stimmen abgegeben worden wären. Man war über die große Anzahl von Stimmen verdutzt, da soviel Wähler gar nicht anwesend waren. Als darüber Zweifel geäußert wurden, wurde eine Auszählung der Wähler vorgenommen, die ergab, daß nur 133 stimmberechtigte Personen anwesend waren. Es waren also zu viel Stimmen abgegeben worden. Jetzt konstatierte der Vorsitzende des Zentralverbandes, daß an den Tischen der Christen doppelt Stimmzettel abgegeben worden wären! Die Christen mußten das auch eingestehen! Sie hatten ihre schwache Position durch ein wenig Wahlschwindel aufbessern wollen. Unter Kontrolle des Zentralverbandes wurde eine nochmalige Abstimmung vorgenommen, und die ergab, daß für den freien Verband 105, für die Christen 29 Stimmen abgegeben waren. Die Christen waren also unterlegen; bei dieser Niederlage haben sie sich eine arge Blamage zugezogen.

Ein Landrat als Gönner der Christlichen. In Kolmar zählt der christliche Holzarbeiterverband so an die 70 Mitglieder. Nach dem Bericht des Verbandsorgans der christlichen Holzarbeiter feierte diese Ortsgruppe in würdiger Weise Kaisers Geburtstag. Nicht nur zwei berühmte christliche Gewerkschaftsstrategen waren erschienen, sondern der Herr Landrat v. Plettenberg half das Fest durch höchsteigenes Erscheinen verschönern. Nachdem einer der Gewerkschaftsführer den sozialen und den Friedenskaiser gefeiert und prophezeit hatte, daß die christliche Arbeiterbewegung die roten Fluten brechen werde, holte der Herr Landrat zur Ansprache aus und feierte die christliche Gewerkschaftsbewegung. Der Herr preußische Landrat als Protektor und Gönner der christlichen Gewerkschaftsbewegung! Hoffentlich hält die Freundschaft lange vor und der Herr Landrat läßt nicht beim ersten Streik der christlichen Holzarbeiter seine Gendarmen gegen die Streikenden aufmarschieren!

Der christliche Streikbruch bei Mendener. Die „Christen" wollen gerne ihre Mendener Streikbruchgeschichte abschütteln; sie „weisen nach", daß nunmehr der „Kollege" Weber, dessen eigenhändig unterschriebene Erklärung wir bereits abdruckten, sich „geirrt" habe, und zwar durch die Schuld der Hagener Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die „Christen" haben den Weber auch zu einer „Erklärung" breitgeschlagen und tun so, als habe er seine erste Erklärung infolge Täuschung unterschrieben. Merkwürdig, mitunter sind die „Christen" so furchtbar schlau, mitunter, wenn es gerade mal nötig ist, können sie nicht bis 5 zählen. Wies trifft! So auch soll Weber durchaus nicht gewußt haben, was er unterschrieb. Dabei hat Weber mehr wie einmal erklärt: „Das ist wahr, das kann ich ruhig unterschreiben!" Es ist ihm auch ausdrücklich in Hagen gesagt worden, daß er nichts unterschreiben solle, wenn es der vollen Wahrheit nicht entspreche. Die von den Christen dem Weber abgenommene und schleunigst veröffentlichte Erklärung hat gar keinen Wert. Das ist „christliches" Machwerk zur Verdeckung der Schande! Aber angenommen, die erste Erklärung des Weber wäre unwahr, wie steht es denn mit dem Ueberweisungsschein, den der Vertreter des „christlichen" Metallarbeiterverbandes dem Weber mit nach Stuttgart gegeben hat? Ist das etwa auch nicht wahr? Hm? Dazu äußern sich die schwarzen Lügenbeutel aber nicht. Es sind eben Judasseelen dreckigster Art!

Die Arbeitslosenversicherung in Dänemark. In Dänemark existieren gegenwärtig 53 Arbeitslosenkassen mit einer Mitgliederzahl von 111 187. Im Geschäftsjahr 1911/12 war deren Gesamteinnahme über 2½ Millionen Kronen, davon stammen aus Mitgliederbeiträgen 1,3 Millionen, 770 000 Kronen flossen aus der Staatskasse und 339 000 Kronen aus den Kassen der verschiedensten Kommunen. Die Ausgaben betrugen 1,9 Mill. Kronen, davon 1,4 Millionen Kronen für Unterstützung an Arbeitslose, der Rest für die Arbeitsnachweise und Administration. Das Gesamtvermögen der Arbeitslosenkassen beträgt jetzt 1,5 Mill. Kronen. Unterstützung wurde für 1,4 Millionen Tage (61 500 weniger als im vorhergehenden Jahre) bezahlt. Die Zahl der Mitglieder ist um über 6000 gegen das Vorjahr gestiegen.

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr. 8 — Sonntag, den 23. Februar — 1913.

Zur Ermordung Schuhmeiers.

Wohin die „christliche" Verhetzung und Demagogie führt, ist in diesen Tagen durch ein Beispiel fürchterlichster Art bewiesen worden. In Wien hat ein gewisser Kunschak den sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Schuhmeier meuchlings erschossen. Schuhmeier ist dem Kunschak nie zu nahe getreten, kannte ihn nicht einmal. Unsere Leser werden den Vorgang in seinen Einzelheiten aus der Tagespresse bereits kennen, so daß wir nicht näher auf die Tatumstände eingehen wollen. Wie ist es, wenn irgend ein Anhänger der freien Gewerkschaften oder der sozialdemokratischen Partei im Affekt, vielleicht weil irgend ein sonst Arbeitsscheuer ihm seinen ehrlichen Kampf für sein und seiner Familie Wohlergehen stört und zerstört, eine Missetat begeht, die wir, wenn sie roh ist, bedauern und ernsthaft tadeln, fällt dann nicht die ganze Meute kapitalistischer Hetzer nicht nur über den Betreffenden, sondern über die ganze gewerkschaftliche Richtung her, unter deren Fahne der Kampf ausgefochten wird? Arbeitet nicht der letzte kapitalistische Achtgroschenjunge mit Feuereifer, der einer besseren Sache würdig wäre, darauf hin, jeden an das Messer der Justiz zu liefern, der in der Erregung ein unbedeutendes Wort verbricht, das durch unsere gespannte Rechtsprechung zugunsten des Streikbrecherschutzes „inkriminalisiert" worden ist?

Und ferner: Wird uns nicht immer von kapitalistischer Seite Verruchtheit und Rohheit vorgeworfen, die zum Niedergang aller Kultur führen müsse? Gewiß führt unsere Sache zum Untergang der kapitalischen Unkultur, mit ihrer barbarischen Menschenverachtung und -vernichtung! Aber der Mord von Schuhmeier durch den christlich-sozialen Kunschak beweist — übrigens sind dafür täglich Beweise zu bringen —, daß die Kultur in ihrer Gesamtheit gemessen sein will, und daß sie auf Parteirichtungen und Konfessionen nicht differenzierend wirkt. Wenn Differenzen im Zivilisationsgrad der Einzelnen vorhanden sind, so beruhen sie auf anderen Gründen, in der Hauptsache natürlich auf wirtschaftlichen. Soll aber nach politischer und wirtschaftlicher Auffassung differenziert werden, so stehen immer jene Menschen oder Gruppen von Menschen höher, vorausgesetzt, daß sie unter gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, die ein Zukunftsproblem beseelt. Es ist deshalb auch nicht angängig, von einer sittlich höheren Position derjenigen zu reden, die heute im christlichen Lager zu finden sind. Die christliche Kirche ist nicht mehr das, was sie in ihren Anfängen war, eine Glaubensstatt für alle, die es ernst meinen mit dem Fortschritt der Menschen. Im christlichen Lager finden sich merkwürdigerweise alle jene, die ein Interesse daran haben, daß sich möglichst viele andere Menschen sklavisch in Not und Jammer unterwerfen. Ausdrücklich sei betont, daß wir wahre Religiosität nicht mit dem, was man heute als christlich Betätigung kennt, verwechseln.

So haben denn die Christlichen ihren Kunschak und sollen uns nicht damit kommen, daß sie anderes und besser geartete, durch ihre christliche Betätigung aufwärts geführte Wesen wären. Uns schmerzt gewiß der Tod eines so hervorragend für die Arbeitersache tätig gewesenen Mannes, und die Umstände der Tat Kunschaks lassen ihn uns noch schmerzlicher fühlen, aber sollen wir dem Mörder fluchen? So furchtbar die Tat auch ist, und so sehr sie Anlaß zur Empörung gegen den Mörder geben könnte, wir bedauern den Menschen. Maßlos wird der Haß des Mörders gegen die moderne Arbeiterbewegung gewesen sein; der Haß hat sich übertragen auf die Personen, die dieser Bewegung dienen. Es läßt sich psychopathisch eine Erklärung dafür finden, daß Menschen wie Kunschak, wenn sie in ihrer Sache keinen Fortschritt sehen, in namenlose Verbitterung geraten, die sich bis zur Wut und bis zum grenzenlosen Fanatismus steigert, und im Paroxismus ihres Gefühls kehrt sich ihre Wut gegen Personen, die Träger der von ihnen gehaßten Sache sind.

Von diesem Gesichtspunkte aus wollen wir denn auch zur Charakterisierung des Mörders wiedergeben, was sich in einem Zentrumsorgan, dem „Bayrisch. Kurier" findet:

Schuhmeier ist einem abscheulichen Racheakt zum Opfer gefallen. Es ist eine ganz verruchte Mordtat, mit welcher der Mörder seiner Partei — wir nehmen an, er sei christlich-sozial — den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen hat, eine Schandtat, die, wenn im Vollbesitz der geistigen Kräfte ausgeführt, nicht beschönigt und nicht entschuldigt werden kann. Kunschack ist ein Mörder, ein feiger Mörder, und müßte als solcher mit dem Tode bestraft werden, wenn er für seine Tat verantwortlich zu machen ist, was hier so nicht entschieden werden kann. Kunschack wird von Leuten, die ihn kennen, als Sonderling geschildert, als ein eigentümlicher, unumgänglicher Mensch, den man nirgends zu etwas Rechtem gebrauchen konnte. „Man kann mit dem spinnigen Menschen nichts anfangen" — mit dieser Begründung wurde er von einem Arbeitsposten an den anderen abgeschoben. Man konnte ihn nirgends auf die Dauer beschäftigen. Daher war er auch öfter und länger arbeitslos. Sein Bruder, der hervorragende christlich-soziale Arbeiterführer, war sein Abgott. Auf ihn war er stolz. Seinen Namen und seine Verdienste führte er ständig im Munde, so daß er Leuten, die mit ihm zusammensaßen, oft lästig fiel. Nicht verwinden konnte er es, daß sein Bruder bei den Reichsratswahlen unterlag — Schuhmeier nahm ihm das Mandat in Hernals ab. Das traf den jetzigen Mörder schwer. Er scheint ehrgeizig gewesen zu sein. Es gefiel ihm, als Bruder seines Bruders eine Rolle zu spielen. Er meinte, von dem Ansehen, das sein Bruder sich erworben, müsse auch für ihn etwas abfallen. In seinen wirren Gedanken mag sich, wer kann das beurteilen, das alles zu dem entsetzlichen Plane verdichtet haben, dem Schuhmeier auf diese schauerliche Weise zum Opfer fiel. Kunschack hat entsetzliches Unheil nicht nur über die bedauernswerte Familie seines Opfers, sondern auch nicht weniger über seine eigenen Angehörigen und nicht zum mindesten über die christlich-soziale Sache gebracht. Das war nicht sozial, am allerwenigsten christlich.

Uns will scheinen, daß nirgends mehr Fanatismus und persönlich und sachlich niedrige Kampfesweise zu finden ist, als bei allen Organisationen und Gruppen, die das Wort „christlich" in ihrem Schilde führen. Bei uns in Reichsdeutschland ist es nichts anders. Und uns will weiter scheinen, daß Fanatismus und Niedrigkeit der Gesinnung gegenüber dem Gegner geflissentlich in diesen Kreisen gepflegt werden. Daß es sich dabei um Arbeitergruppen gegen Arbeitergruppen handelt, ist besonders häßlich. Allerdings sind ja jene, die ein Interesse an das Einspannen der Kirche mit ihren Gläubigen in den wirtschaftlichen und politischen Kampf haben, die hinterhältischen Verantwortlichen einer solchen Führung und Erziehung.

Wir hätten nur alles, was kapitalistisch und „christlich" heißt sehen wollen, wenn ein freigewerkschaftlich Organisierter sich vielleicht an den Bruder des Mörders, den Stadtverordneten Kunschak, vergriffen hätte. Ein ungeheures, blindwütiges Gepöbel hätte sich gegen die gewerkschaftlich und politisch unabhängige Arbeiterschaft erhoben und wäre nicht früher beendet worden, als bis gegen den „entsetzlichen Terrorismus" irgend ein drakonisches Gesetz erlassen worden wäre.

Es soll uns übrigens nicht wundern, wenn dieser Kunschak nicht dennoch als Opfer, zu seiner furchtbaren Tat durch Terrorismus getrieben, hingestellt wird, weil er einmal auf Drängen der Freiorganisierten aus einem Betriebe entlassen worden ist, für welchen Fall zwei Arbeiter auf Denunziation des Kunschak hin mit je zwei Wochen schweren Kerkers bestraft worden sind. Demgegenüber verweisen wir auf die obenstehende Charakterisierung des Mörders durch das ihm in bezug auf wirtschaftliche, politische und konfessionelle Anschauung nahestende Blatt „Bayrischer Kurier".

Was auch noch an Verhetzung und Bedrohung, an unglückseligen Taten Einzelner oder Organisationen, oder auch mit sogenannter Gesetzlichkeit gegen die den Kapitalismus und seine Barbarei bekämpfende Arbeiterschaft geschehen mag, es führt die Gegner nicht zum Ziele. Personen mögen zum Opfer fallen, die Sache des klassenbewußten Proletariats wird siegen, weil sie siegen muß!

Die Zigarrenindustrie in dem Bericht 1911 der Gewerbeinspektionen des Großherzogtums Hessen.

Die Zahl der der Gewerbeinspektion unterstellten Anlagen zur Herstellung von Zigarren beträgt im Großherzogtum Hessen 220, in denen insgesamt 9267 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden. Auf die fünf Inspektionsbezirke verteilt sich die Zigarrenindustrie folgendermaßen: Bezirk Darmstadt 71 Anlagen mit 3270 Arbeitern; Bezirk Offenbach: 60 Anlagen mit 2369 Arbeitern; Bezirk Gießen: 72 Anlagen mit 3139 Arbeitern; Bezirk Mainz: 12 Anlagen mit 459 Arbeitern; Bezirk Worms: 5 Anlagen mit 30 Arbeitern.

Von den 9267 Arbeitern insgesamt waren erwachsene männliche Arbeiter 2470, Arbeiterinnen über 16 Jahren 5653, junge Leute von 14—16 Jahren a) männliche 311, b) weibliche 815, Kinder unter 14 Jahren a) männliche 7, b) weibliche 18. Von den 220 Anlagen wurden im Berichtsjahre 192 mit 8285 Arbeitern revidiert.

Zuwiderhandlungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen wurden ermittelt: Betreffend Anzeigen, Aushänge 25 Fälle, Dauer der Beschäftigung 2 Fälle mit 5 Beschäftigten, Beschäftigung am Vorabende von Sonn- und Feiertagen 2 Fälle mit 5 Beschäftigten, Beschäftigung der Wöchnerinnen 9 Fälle mit 39 Beschäftigten, Mitgabe von Arbeit nach Hause 1 Fall mit 4 Beschäftigten. Bestrafungen sind im Berichtsjahre nicht erfolgt.

Zuwiderhandlungen betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen wurden ermittelt hinsichtlich Arbeitsbücher 5 Fälle, Anzeigen, Verzeichnisse, Aushänge 9 Fälle, Dauer der Beschäftigung 2 Fälle (Kinder) mit 2 Beschäftigten, Pausen 2 Fälle mit 11 Beschäftigten. Auch wegen dieser Zuwiderhandlungen sind Bestrafungen nicht erfolgt.

Ausnahmen betreffend Arbeit an Sonn- und Festtagen ist nur in einem Falle und für einen Tag für 5—8 Stunden gewährt worden; nur 6 Arbeiter kamen in Betracht. Weitere Gesuche dieser Art sind auch nicht eingegangen.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der Zigarrenindustrie findet sich für den Bezirk Darmstadt die Bemerkung, daß eine Erhöhung der Arbeiterzahl um 7 vom Hundert des Vorjahres eingetreten ist; in bezug auf die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte heißt es: „Die Zigarrenindustrie verzeichnet im Einklang mit dem Gesamtergebnis um 5 v. H. mehr Arbeiterinnen. Gießen bemerkt, nachdem über das Anwachsen der weiblichen Arbeitskraft im allgemeinen berichtet worden: „An diesem Zuwachs ist in erster Linie die Zigarrenindustrie beteiligt, in der allein 285 Arbeiter, und darunter 200 erwachsene Arbeiter, mehr als im Vorjahre tätig gewesen sind. Eine Firma allein hatte in 2 Betrieben mit zusammen etwa 350 Arbeitern über 100 Arbeiterinnen mehr als im Jahre 1910 eingestellt. Eine Zigarrenfabrik mit 22 Arbeiterinnen ist neu eröffnet worden, ein kleiner Betrieb mit nur wenigen Arbeiterinnen eingegangen. Ein mittlerer Betrieb ging angeblich infolge der eingetretenen hohen Steuerlasten in den Besitz einer Großfirma über. Wenn auch in der Zigarrenindustrie im laufenden Jahre noch teilweise mit verminderter Arbeitszeit gearbeitet wurde, so lassen doch die vermehrten Arbeitereinstellungen erkennen, daß man auch in diesem Geschäftszweige sich von dem teilweisen Niedergange im Vorjahre allmählich erholt hat."

Die Gießener Gewerbeinspektion stellt eine Uebersicht auf über die in der Zigarrenindustrie der Provinz Oberhessen bestehenden Anlagen und ihre Arbeiter. Daraus ergibt sich, daß im Jahre 1902 62 Anlagen mit 2474 Arbeitern, 1911 dagegen 72 Anlagen mit 3139 Arbeitern waren; es ergibt sich aber auch, wie es überall wahrzunehmen ist, daß wir uns in der Zigarrenindustrie auf dem Wege zum Großkapitalismus befinden, denn im Jahre 1902 kamen auf je eine Anlage 39,9 Arbeiter, 1911 aber 43,6 Arbeiter. Natürlich ist die Entwicklung zur Großindustrie weit bedeutender, als es diese Ziffern ausdrücken; hier ist von Anlagen, nicht von Firmen die Rede, und wir wissen doch, daß eine Firma oft eine ganze Reihe solcher Anlagen (Filialen) hat, und diese ständig vermehrt und vergrößert.

In dem Bericht des Gießener Aufsichtsbezirks wird das schnelle Anwachsen der Zahl der jugendlichen Arbeitskräfte in der Zigarrenindustrie konstatiert. Im Darmstädter Bericht finden wir einige Aeußerungen von Lehrern über die Wirkung der Kinderarbeit. Ein Lehrer einer großen Landgemeinde am Rhein sagt über die Beschäftigung eines 12jährigen Mädchens mit Tabakrippen folgendes: „Die Beschäftigung in der angegebenen Zeitdauer" — an 4 Wochentagen 2½ Stunden, am Mittwoch und Samstag je 5 Stunden — „übt zweifellos einen nachteiligen Einfluß auf die Gesundheit und die Leistungen des Kindes aus. Das Mädchen hat eine auffallend bleiche Gesichtsfarbe, scheint demnach sehr blutarm zu sein. Im Unterricht ist es matt, fällt leicht ab; auch der häusliche Fleiß läßt zu wünschen übrig. Wenn auch die Verhältnisse der Mutter derart sind, daß sie den Verdienst brauchen kann, so dürfte doch, besonders auch im Hinblick auf die ungesunde Beschäftigung, eine Einschränkung notwendig erscheinen."

Daß die Kinderarbeit häufig durch die Eltern und Arbeitgeber zu verheimlichen versucht wird, ist eine jedem bekannte Tatsache. Der Darmstädter Bericht erwähnt nachstehenden Fall: „Die Polizeibehörde hat in einer großen Landgemeinde 11 Kinder über 12 Jahren angetroffen, die ihren Eltern beim Tabakrippen halfen. Keines dieser Kinder ist im Lehrerverzeichnis zu finden. Ueber den wahren Grund der Verheimlichung der Arbeit müssen erst noch weitere Ermittelungen angestellt werden; es ist immerhin möglich, daß die Verschiedenheit in der Zeit der Feststellung durch die Polizeibehörde und der Aufstellung der Listen bei einem oder dem anderen Kinde eine Erklärung gibt, die nicht auf eine Verheimlichung zurückführt. Im ganzen Umfange ist dies bei der Art der Arbeit allerdings nicht wahrscheinlich."

In einem Falle hat die Darmstädter Inspektion dem Wegfall der Pause jugendlicher Arbeiter einer Zigarrenfabrik gestattet, und zwar in Verbindung mit dem durch die gesetzlich verkürzte Arbeitszeit der Arbeiterinnen hervorgerufenen früheren Schluß an den Vorabenden der Sonn- und Festtage.

In bezug auf die Vorschriften des Bundesrats heißt es im Bericht des Offenbacher Bezirks: „Bei den Revisionen von Zigarrenfabriken wird vielfach das Fehlen der Seife beanstandet. Den Beamten wird in solchen Fällen von den Betriebsleitern zumeist entgegnet, daß die Seife den Geschmack des Tabaks beeinträchtige, und damit das Fehlen der Seife begründet. Dabei wird behauptet, die Arbeiter würden sich die Hände beim Waschen von der anhaftenden Seife nicht gründlich genug reinigen und dadurch auf die zu bearbeitenden Zigarren einen bemerkbaren Seifengeschmack übertragen. Nach Ansicht der Gewerbeinspektion dürfte diese Einwendung der Zigarrenfabrikanten haltlos und nur eine Kostenfrage sein. Tabak hat einen viel stärkeren Geruch und Geschmack als die überhaupt in Frage kommende, äußerst geringe Menge Seife hervorzubringen vermag. Durch Aufmerksamkeit der Werkmeister und wohlwollende Belehrung der Arbeiter dürfte es nicht schwer sein, letztere bald an ein gründliches Reinigen und Abspülen der Hände zu gewöhnen. Natürlich muß dauernd für gutes, wenn nötig warmes oder wenigstens nicht zu kaltes Wasser gesorgt werden." Auch wir finden die Einwendungen der Unternehmer in diesem Falle haltlos.

Schließlich wollen wir noch wiedergeben, was der Gießener Bericht über die Prämienverteilung der Firma Rinn & Cloos in bezug auf Deckblattverbrauch mitteilt: „Die Zigarrenfabrik von Rinn & Cloos hat Anfang 1901 die Einrichtung getroffen, daß denjenigen Zigarrenrollern eine besondere Vergütung zu teil wird, die eine nach fachmännischer Ansicht mögliche, bestimmte Menge Zigarren aus einem Pfund Deckblattmaterial anfertigen. Wer die Durchschnittsleistung nicht erreicht, den trifft keine Lohneinbuße. In einigen Fabriken der Firma verhielten sich die Arbeiter gegen diese Arbeitsweise ablehnend, arbeiteten aber dennoch derartig, daß der größte Teil auf Weihnachten Prämien erhielt. Unter 244 Zigarrenrollern in den 5 hessischen Fabriken der Firma kamen rund 1400 ℳ zur Verteilung, in einer Fabrik jedoch nahmen die organisierten Arbeiter die Prämien nicht an." Und, fügen wir hinzu, sie haben ihr Interesse damit konsequent vertreten!

Malude.

Wer ihn noch nicht kennen sollte: Ludwig Malude ist ein Zigarrenarbeiter, der in einer ganzen Reihe Orte mit der Kollegenschaft in unangenehme Berührung getreten ist. Er war eine Zeitlang Mitglied unseres Verbandes, wurde aber wegen seines Verhaltens ausgeschlossen. In Nr. 25 des Tabak-Arbeiter vom 23. Juni v. J. wurde vor ihm gewarnt. Malude hat, auch als er Mitglied des Verbandes war, auf den Verband und dessen Leitung in gröbster Weise geschimpft, hat gegen seine Mitarbeiter mehrfach ein Verhalten gezeigt, das alles andere eher als kollegialisch war.

Aber Malude hat seine Zeit begriffen; er weiß, daß es seine Wirkung hat, wenn man den Terrorisierten mas-

kert. So machte er denn in seiner Herzensbedrängnis eine Eingabe an den preußischen Justizminister, um eine strafrechtliche Verfolgung des Verantwortlichen des Tabak-Arbeiter wegen der gegen ihn erlassenen Warnung zu erzielen. Sonderbar, oder eigentlich nicht sonderbar, wenn man dann die Justitia wirken sieht: der Justizminister winkte den Malude nicht ab, und verwies ihn nicht, da es sich um eine Beleidigung höchst privater Art handelte, auf den Weg der Privatsache, sondern gab die Sache an das Landgericht Naumburg, in dessen Bezirk Malude wohl zur Zeit seiner Eingabe arbeitete, um eine seiner vielen Gastrollen zu absolvieren, weiter. Von da kam die Sache nach Bremen, und gegen den Verantwortlichen unseres Blattes wurde das Strafverfahren von Amts wegen eingeleitet.

Wir hätten ja nicht nötig gehabt, auf die Beschuldigung vor der Hauptverhandlung einzugehen und Beweismaterial zu benennen, aber wir hatten die löbliche Absicht, dem Staat Geld, und den vielen Zeugen, die wir sonst zur Hauptverhandlung hätten laden müssen, die Mühen weiter Reisen zu ersparen, denn es wären einige Dutzend Zeugen aus vielleicht einem Dutzend Orten fast des halben Deutschlands in Frage gekommen. Und da wir glauben konnten, daß nach Prüfung unseres Beweismaterials seitens der Beschlußkammer keine Anklage erhoben würde, benannten wir, soweit es uns in der gestellten Frist möglich war, unser Beweismaterial. Was wir zur Rechtfertigung der Warnung gegen Malude vorbrachten und durch Zeugen bestätigen lassen konnten, war doch wohl geeignet, keine Anklage zu erheben. Die Strafkammer faßte folgenden

Beschluß:

Der Angeschuldigte, Redakteur Gustav Nienborf, wird wegen der Anschuldigung als verantwortlicher Redakteur der Zeitung Der Tabak-Arbeiter im Juni 1912 durch folgenden Artikel in genannter Zeitung

Warnung!

Gewarnt wird vor dem Zigarrenmacher Ludwig Malude aus Ihrzno.

Wie uns aus Grottkau in Schlesien berichtet wird, hat Malude in einem öffentlichen Lokale die organisierten Tabakarbeiter auf das gröblichste beschimpft und beleidigt. Von einem Kollegen darüber zur Rede gestellt, hat Malude diesen wegen Beleidigung und Bedrohung verklagt. Das Gericht hielt die Anklage für so schwerwiegend, daß es nur auf eine geringe Geldstrafe erkennen konnte.

Malude hat sich schon mehrfach den Mitgliedern gegenüber in Erinnerung zu bringen gewußt. Wir nehmen dies zum Anlaß unter Hinweis auf den oben mitgeteilten Fall, alle Kollegen zu warnen, die mit ihm in Berührung kommen sollten.

Malude sucht überall die Kollegen zu provozieren; man meide ihn deswegen."

in Beziehung auf den Arbeiter Ludwig Malude nicht erweislich wahre Tatsachen behauptet und verbreitet zu haben, welche denselben verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind (Vergehen nach § 186 Str. G. B.), außer Verfolgung gesetzt unter Belastung der Staatskasse mit den Kosten des Verfahrens.

Gründe.

Zweifellos sind die Tatsachen, welche Angeschuldigter in Beziehung auf den Tabakarbeiter Malude behauptet: die Beschimpfung der organisierten Kollegen in Grottkau, das (so unliebsame) Sich-in-Erinnerung-bringen den Verbandsmitgliedern gegenüber, sowie die überall erfolgende Provozierung von Kollegen, solche, die geeignet sind, Malude verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Zum Tatbestande der üblen Nachrede im Sinne des § 186 Str.-G.-B. gehört aber weiter die Rechtswidrigkeit der Handlung. Kraft positiver Gesetzesbestimmung ist diese als ausgeschlossen zu erachten in den im § 193 Str.-G.-B. aufgeführten Fällen, d. h. was hier allein in Frage kommen kann, wenn Aeußerungen vorliegen, welche zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht sind. Mit der Staatsanwaltschaft ist anzunehmen, daß dem Angeschuldigten der Schutz des § 193 zur Seite steht. Der Tabak-Arbeiter ist das Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. Als Redakteur dieses Organs ist Angeschuldigter berechtigt und verpflichtet, die Interessen der Verbandsmitglieder zu vertreten. Hierzu gehört aber auch der Hinweis auf und der Schutz vor ungerechtfertigten Angriffen und Belästigungen. Auch aus der Form der Aeußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, geht das Vorhandensein einer Beleidigung nicht hervor, um so weniger, als die Tatsachen, die Angeschuldigter behauptet hat, nach den weitgehenden Ermittlungen als wahr anzusehen sind. Jedenfalls aber Angeschuldigter nach dem, was ihm bekannt geworden war, sie guten Glaubens als wahr annehmen konnte.

Die Kostenentscheidung regelt § 499 Str.P.

Bremen, den 23. Januar 1913.

Das Landgericht, Strafkammer I.
gez. Abegg, F. von Spreckelsen, Fricke.

Also die Tatsachen, die wir behauptet und dem Gericht mitgeteilt haben zur Rechtfertigung der Warnung vor Malude sind nach den weitgehenden Ermittelungen als wahr anzusehen. Es sind wirklich nicht wenig Tatsachen, die wir zur Würdigung des Charakters des Malude unter Beweis gestellt haben. Und für alle Behauptungen sind die Zeugen, Arbeiter und Fabrikanten, vor den für sie jeweilig zuständigen Amtsgerichten vernommen worden.

Auf die Eingabe des Malude hin wurden also in Tätigkeit gesetzt der Justizminister, die Strafkammer in Bremen, das Landgericht in Naumburg, Brieg (Herausgabe von Akten), der Untersuchungsrichter in Bremen, die Staatsanwaltschaft in Bremen, die Amtsgerichte in Brieg, Grottkau, Züllichau, Löbau, Pegau, Dresden, Döhlen, Zwickau, Leipzig, Gräfenheinichen und, wir wissens nicht, vielleicht auch noch andere, außerdem noch die Polizei in verschiedenen Orten. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last, heißt es in dem Beschluß der Bremer Strafkammer; sie werden nicht gering sein; hätten sich sparen lassen, wenn man Malude auf den Weg der Privatklage verwiesen hätte. Die Staatskasse ist uns Dank schuldig; denn die Kosten würden ungleich bedeutender noch geworden sein, wenn wir unsere Beweismittel bis zur event. Hauptverhandlung, die unbedingt mit Freisprechung geendigt haben würde, aufgespart hätten. Wir möchten noch fragen, ob dem Justizminister wohl über den Ausgang berichtet wird. Mit dem „Terrorismus" der freien Gewerkschaften ist es mal wieder nichts.

Und die arme, verfolgte Unschuld Maludes? Es ist köstlich, berichten zu müssen — und vielleicht nimmt der preußische Justizminister auch davon Notiz —, daß Malude vor einigen Wochen in Bernburg eine Gastrolle wieder Mitglied unseres von ihm so gehaßten werden wollte. Das ist eigentlich der Gipfel schuld. Gegenwärtig arbeitet er in Neutomischel in der Provinz Posen, und, wie uns berichtet wird, mußten zwei Kollegen bereits den Betrieb verlassen. Daß die Justiz dem Malude nicht weiter zu helfen vermochte, ist ja für ihn recht bedauernswert, aber auch bezeichnend.

Die Tabakarbeiter unter dem Ausbeutungsmonopol.

Welche Mittel oft zur Anwendung gebracht werden, um industriellen Unternehmungen der Tabakbranche auf dem Lande die Konkurrenz vom Leibe zu halten, damit einer Firma das Monopol zur Arbeiterausbeutung durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit für immer aufrecht erhalten bleibt, lehrte ganz anschaulich eine Gerichtsverhandlung, die dieser Tage vor dem Schöffengericht in Kassel stattfand:

Genosse Kilian, der verantwortliche Redakteur unseres dortigen Parteiblattes, hatte sich in einer Beleidigungsklage zu verantworten, die von der Staatsanwaltschaft gegen ihn angestrengt worden war „im öffentlichen Interesse", obzwar es sich nur um zwei Fabrikanten handelte, deren Ehre man durch einen Artikel des „Volksblattes" verletzt wähnte: die beiden Inhaber der Zigarrenfabriken L. Wolff-Hamburg. Die Beleidigung wurde gefunden in einer Notiz aus Kleinschmalkalden (wo die Firma Wolff, wie auch in anderen Orten des Kreises Schmalkalden in Thüringen Filialfabriken unterhält), in der mit kräftigen Worten das unerhörte Vorgehen gegen einen Zigarrenmeister Joh. Schier gegeißelt worden war. Diesem Manne, der früher lange Jahre bei Wolff beschäftigt war, war es im Sommer 1912 nach langen Bemühungen gelungen, eine Konkurrenzfirma der Zigarrenbranche nach Kleinschmalkalden zu bringen, die höhere Löhne zahlt, besseres Arbeitsmaterial liefert und in deren Fabriken eine menschenwürdigere Behandlung der Arbeiter stattfindet. Herr Schier beschäftigt jetzt an hundert Arbeiter, zum großen Leidwesen der Firma Wolff, die geglaubt hatte, in Kleinschmalkalden ein Ausbeutungsmonopol für alle Zeiten aufrecht erhalten zu können, die in dieser angenehmen Hoffnung ihre Fabrikanlagen um das Doppelte erweiterte, und die nun trotzdem erleben mußte, daß der eine für 120 Arbeiter eingerichtete Betrieb nur noch mit höchstens 20 Kräften besetzt ist.

Was alles ins Werk gesetzt worden ist, um die unliebsame Konkurrenz wieder aus dem Felde zu schlagen, das ist interessant, zu erfahren. Die Firma Wolff, die früher gerade in dem konkurrenzfreien Kleinschmalkalden die schlechtest bezahlten Arbeiten herstellen ließ, so daß die erwachsenen Arbeiter bei angestrengtester Tätigkeit die Woche nur auf 12 bis 15 ℳ Verdienst kommen konnten, gab sofort besser bezahlte Arbeiten und besseres Tabakmaterial an dem genannten Platz. In den Lokalzeitungen der Gegend erschienen gehässige Notizen, wodurch die Schierschen Arbeiter zu Streikbrechern gestempelt wurden, und weiter wurde in unerhörter Weise spioniert, um den neuen Fabrikanten festzustellen, dessen Firma angesichts des großen Einflusses der Firma L. Wolff in der Zigarrenfabrikationsbranche geheimgehalten werden mußte. Es war firmen infolge des Einspruchs, unter Hinweis auf die Arbeiterfirmeninfolge des Einspruchs, unter Hinweis auf die Arbeiterentziehung, wieder eingezogen worden sind. Diesmal blieben die wirtschaftlichen Maßnahmen jedoch ohne Erfolg und die Hoffnungen auf Wiederaufrichtung des Monopols von der Firma Wolff mußten endgültig begraben werden, seitdem die Konkurrenzfirma fast ein halbes Jahr zur Zufriedenheit beider Teile arbeitet.

Als man nun einsah, daß den Konkurrenzunternehmungen nicht beizukommen war, suchte man dem Meister Schier in moralischer Hinsicht beizukommen. Die Leitung der Firma Wolff in Kleinschmalkalden versandte an ihre sämtlichen Fabrikfilialen im Kreise Schmalkalden und dem Meininger Unterland Zirkulare beleidigenden Inhalts, die sich gegen Schier richteten, mit der Aufforderung an die Werkmeister, sie vor den versammelten Arbeitern zur Verlesung zu bringen. Schier hat deswegen eine Beleidigungsklage gegen die Firma Wolff angestrengt, die jedoch noch nicht entschieden ist, weil der Termin auf Antrag der Beklagten wiederholt hinausgeschoben worden ist. Später erhielt einer der Mitinhaber der Firma Wolff bei der Einweihungsfeier der zweiten Fabrik eine Rede, die stark verletzende Wendungen gegen Schier und seine Arbeiter enthielt. Einige Tage darauf aber, in der Nacht zum 12. Dezember v. J., wurde ein gemeiner Schurkenstreich ins Werk gesetzt. An den Straßenecken von Kleinschmalkalden wurden nächtlicherweile Plakate angeheftet, die mit den ordinärsten Schmutzreien gegen den Meister Schier bedeckt waren. Der Inhalt ist an dieser Stelle nicht wiederzugeben. Der Zweck dieser verabscheuungswürdigen Uebung war klar: Man wollte den Mann, dem wirtschaftlich nicht mehr beizukommen war, moralisch herunterreißen und ihn und sein Unternehmen durch Entziehung der Arbeitskräfte unmöglich machen. Zur Feststellung der Täter wurde von der Staatsanwaltschaft in Meiningen ein Ermittlungsverfahren betrieben, das noch nicht abgeschlossen ist. Aber in Kleinschmalkalden weiß alle Welt, auf wen der Verdacht fällt, diese Gemeinheit gegen Schier direkt oder indirekt ins Werk gesetzt zu haben.

Das „Volksblatt" deutete in seinem unter Anklage gestellten Artikel diesen offensichtlichen Zusammenhang des Plakatankleben mit der übrigen Hetze gegen den die Konkurrenzfirma vertretenden Meister Schier an, nannte die Plakatankleberei der Dunkelmänner einen Schurkenstreich und brachte den Abscheu aller anständigen Menschen vor solch gemeinem Vorgehen zum Ausdruck.

Hierdurch fühlten sich die beiden Inhaber der Firma Wolff-Hamburg beleidigt und es gelang ihnen auch, die Staatsanwaltschaft zum Vorgehen gegen den verantwortlichen Redakteur des „Kasseler Volksblattes" zu veranlassen.

Der Angeschuldigte gab bei seiner Vernehmung an, er habe es als Redakteur eines Arbeiterblattes für seine Pflicht gehalten, alle Maßnahmen zu unterstützen, die geeignet erscheinen, die Aufrechterhaltung des Konkurrenzunternehmens zu ermöglichen, damit die wirtschaftliche Besserstellung der Kleinschmalkaldener Tabakarbeiter, die sich im Steigen der Verdienste auf 20 bis 28 ℳ pro Woche zeige, andauern würde. Unter diesem Gesichtswinkel sei es notwendig gewesen, die öffentlichen Sudeleien gegen den Meister Schier öffentlich zu brandmarken und der Firma Wolff, die den Kampf gegen die unliebsame Konkurrenz mit allen Mitteln führe, zuzurufen: Bis hierher und nicht weiter! Solches edle Streben zugunsten schlechtgestellter, abhängiger Arbeiter müsse anerkannt werden durch Freisprechung unter Bezugnahme auf § 193 (Wahrung berechtigter Interessen). Für den Fall aber, daß zu seiner Anwendung keine Neigung bestehen sollte, erbot sich der Angeschuldigte, den Wahrheitsbeweis dafür anzutreten, daß die Kreise, die die Sudeleien mit den Plakaten veranlaßt hätten und denen die scharfen Ausdrücke des Artikels allein gelten sollten, in moralischer Hinsicht außerordentlich tief ständen. Solche Menschen hätten zu allerletzt ein Recht, die Ehre anderer zu besudeln. Der Beschuldigte verlangte Vertagung und Vernehmung von Zeugen, sowohl Angehörigen der Zigarrenindustrie des Kreises Schmalkalden als auch Angehörigen anderer Berufe über die Lebensführung leitender Personen. Dem Gericht wurde eine bis in alle Einzelheiten genau festgestellte Liste von Beweistatsachen überreicht. Der Antrag wurde abgelehnt und der Angeschuldigte wegen öffentlicher Beleidigung der beiden Inhaber der Firma L. Wolff-Hamburg zu 50 ℳ Geldstrafe verurteilt. Mit dem Vertreter der Staatsanwaltschaft, der 14 Tage Gefängnis in Antrag gebracht hatte, weil nach seiner Meinung der Angeklagte „ehrliche Leute mit Dreck beworfen habe, um Sensation und Tendenz zu erwecken", hatte unser Genosse einen starken Zusammenstoß. Kilian wies diese unerhörten Beschuldigungen des öffentlichen Anklägers nachdrücklichst zurück und legte dar, daß er sich im Gegenteil schützend vor einwandfreie Menschen gestellt hätte, die von ihren skrupellosen wirtschaftlichen Gegnern mit Dreck beworfen seien, um die bessere Arbeitsbedingungen bietende Konkurrenz zu beseitigen. Man hätte doch nur den Wahrheitsbeweis zulassen sollen.

Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden. Es muß einem Arbeiterblatte erlaubt sein, unmoralische Versuche zur Schädigung der Arbeiter — und seien sie auch im Interesse von Fabrikanten gegen Fabrikanten unternommen — gebührend zurückzuweisen.

Frauentag am 2. März.

Zum dritten Male veranstaltet in diesem Jahre die sozialdemokratische Partei einen allgemeinen Frauentag, um demonstrativ die Forderung zu erheben, den Frauen das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften zu gewähren. Diese Forderung ist außer auf den Frauentagen wiederholt bei den verschiedensten Gelegenheiten an die Regierung gerichtet worden, bis jetzt aber stets ohne Erfolg, und wahrscheinlich wird auch der Frauentag nicht imstande sein, die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften in Stadt und Land zum Nachgeben in dieser Frage zu veranlassen. Dennoch muß aufs neue der Versuch gemacht werden, gilt es doch auch, immer mehr Frauen von der Notwendigkeit der Forderung zu überzeugen und ihnen zu beweisen, daß die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse für die Arbeiterklasse nicht eher andere werden, bis diese ihre Selbsthilfe so weit ausgebaut hat, um Aenderungen zu erzwingen.

Auch hierzu wird und muß der Frauentag dienen. Er soll vor allen Dingen die Frauen und Töchter der arbeitenden Bevölkerung aufrütteln und ihnen zeigen, daß Männer und Frauen ein gemeinsames Interesse an der Aenderung der gegenwärtigen Zustände haben, und daß auch die Frauen mithelfen müssen, sie herbeizuführen.

Allgemein in Arbeiterkreisen hört man Klagen über die Teuerung der Lebensmittel, der Wohnungsmieten usw., die die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung immer mehr erschwert, den Arbeiterfrauen größere Sorgen auferlegt und die alleinstehenden Arbeiterinnen, die alle Ausgaben aus ihrem Arbeitsverdienst bestreiten müssen, zur Unterernährung zwingt. Es ist ausgeschlossen, daß bei den niedrigen Verdiensten, die mit wenigen Ausnahmen für Arbeiterinnen üblich sind, diese in der Lage sind, sich anständig kleiden und ausreichend ernähren zu können. Hieraus aber entstehen oftmals Folgen, unter denen sie ihr ganzes Leben hindurch leiden müssen. Ein großer Teil der schweren Frauenkrankheiten und auch der Säuglingssterblichkeit ist auf die Unterernährung zurückzuführen, zu der die arbeitenden Frauen und Mädchen gezwungen sind, wollen sie mit ihrem geringen Verdienst allen Anforderungen gerecht werden, die das Leben an sie stellt. Jahrelange, nicht ausreichende Ernährung schwächt eben den Körper und rächt sich, wenn auch manchmal erst nach Jahren.

Unterstützt wird diese Wirkung durch die gesundheitsschädlichen Einflüsse der Erwerbsarbeit, und zwar ist es in den meisten Fällen nicht die Erwerbsarbeit an sich, sondern die Art, in der sie ausgeübt werden muß, die diese Wirkungen hervorruft. Achtstündige Arbeitszeit ist nur in den allerwenigsten Betrieben üblich; in den meisten Fällen wird erheblich länger gearbeitet, hastend, um bei den niedrigen Akkordpreisen nur ja einigermaßen annehmbare Verdienste zu erzielen. Wo keine Akkordarbeit üblich ist, da sorgt ein Aufpassersystem oder die schnellgehende Maschine dafür, daß die Arbeiterin nicht zur Ruhe kommt.

Alle Versuche, einen günstigeren gesetzlichen Arbeiterinnenschutz zu erreichen, sind bisher erfolglos geblieben. Gesetzlich dürfen Arbeiterinnen zehn Stunden täglich beschäftigt werden, und die Praxis zeigt, daß häufig länger gearbeitet werden muß, weil die Unternehmer sich nach den Vorschriften nicht richten. Auch die Bestimmungen über Sauberkeit und Ventilation werden vielfach nicht beachtet, und dadurch die Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen, in dumpfen, schlecht gelüfteten Räumen tagsüber bis in die späten Abendstunden tätig zu sein, obgleich sie wissen, daß dies ihrer Gesundheit durchaus nicht zuträglich ist. Der Unternehmer kehrt sich nicht daran. Ist eine Arbeiterin nicht mehr imstande, ihren Platz auszufüllen, so wird eine andere an ihre Stelle gesetzt, ohne daß danach gefragt wird, was aus der ersteren wird.

Und in der Heimarbeit gibt es überhaupt keinen gesetzlichen Arbeiterschutz. Wohl besteht seit April 1912 das Hausarbeitsgesetz, das aber im allgemeinen den Heimarbeiterinnen keinen Nutzen bringen wird, da die Paragraphen, die auf die Lohnverhältnisse einwirken könnten, noch nicht in Kraft getreten sind und die Forderung der Arbeiterschaft, Lohnämter zu schaffen, welche die Löhne in der Heimarbeit festsetzen und regeln sollten, von der Reichstagsmehrheit abgelehnt wurden.

Beim Hausarbeitsgesetz aber hat sich wieder einmal gezeigt, daß die Regierung und die Mehrheitsparteien nicht die Absicht haben, durch gesetzliche Bestimmungen die Lebenslage der schlechtgestellten Arbeitermassen zu erleichtern. Sie sind vielmehr bei ihren Maßnahmen ängstlich darauf bedacht, den Unternehmern nur keine Lasten aufzuerlegen, und leider gelingt es immer wieder, die Arbeiterschaft oder doch einen großen Teil der zur Arbeiterklasse gehörenden Personen, über die wahren Absichten und die Wirkungen der gesetzlichen Vorschriften zu täuschen.

Vor allen Dingen gelingt dies bei den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, die häufig noch den die Allgemeinheit berührenden Fragen gleichgültig, ja manchmal sogar verständnislos, gegenüberstehen. Dabei sind diese Fragen oft von einschneidender Bedeutung für die Lage der Arbeiterklasse. Es sei nur erinnert an die Wirkungen der Steuer- und Zollgesetzgebung und an die des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung. Auch die Frauen werden davon betroffen, und wenn nicht als Arbeiterinnen, so doch als Staatsbürgerinnen und vor allen Dingen als Angehörige der besitzlosen Klasse. Bis jetzt aber hat man immer wieder abgelehnt, die erwachsene weibliche Bevölkerung zur Beratung der Maßnahmen mit heranzuziehen, die man auf sie mit anwendet.

Die Frauen unterstehen in gleicher Weise den Gesetzen, wie die Männer, und werden, sobald sie eigenes Einkommen haben, in gleicher Weise zur Aufbringung der Mittel mit herangezogen. Schon aus diesem Grunde muß die Ausschaltung von der Anteilnahme an der Gesetzgebung, die durch das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften erreicht wird, als ein bitteres Unrecht empfunden werden. Dies ist es aber nicht allein, was die arbeitende Klasse immer wieder veranlaßt, das Wahlrecht auch für die weibliche Bevölkerung zu verlangen. Auch

Schneidewerkzeug, das sie an ihrer Brust trägt, andere Tiere energisch anzugreifen. Die Fischzecke, ein oft zwanzig Zentimeter langes und zehn Zentimeter breites Ungeheuer, hat die freundliche Gewohnheit, in den Mundhöhlen großer Fische ihr Quartier aufzuschlagen, von wo sie sich durch kein Räuspern und kein Spucken entfernen läßt. Die Rollassel kann sich wie ein Igel borstig zusammenwickeln. Da ist es weiter kein Wunder, daß der Bohrassel selbst ein Stahlpanzer nicht widerstehen kann. Sie krabbelt hindurch, in das Kabel hinein und tut sich dann an dem Guttapercha gütlich, das die zum Telegraphieren dienenden Kupferdrähte umhüllt. Hoffentlich verreckt sie dann infolge der Einwirkung des Grünspans, der sich durch die Berührung des Kupfers mit dem Wasser bildet.

Diese Berührung der eigentlichen Kabelleitung mit dem Seewasser, die durch die von den Asseln gebohrten Löcher entsteht, macht das Kabel unbrauchbar, weil damit die Isolierung unterbrochen ist, und eine Ableitung der Kabelströme entsteht. Um die gefräßigen Tiere abzuhalten, werden die Guttaperchaadern neuerdings mit Messingbändern umwickelt.

An dem im Postmuseum ausgestellten Schaustück aus der Tiefsee sieht man gleichzeitig höchst interessante Muschelansätze. In ungezählten Scharen haben sich im Laufe der Jahre die Schalentiere an der Leitung angebaut. Ganze, viele Zentimeter hohe Gebirge sind rings um das Kabel aufgetürmt. Es ist wie von einer scheußlichen grauen Geschwulst umgeben. Seltsam, daß die stillen Tiefseebewohner gerade diese dem flutenden Verkehr dienende Vorrichtung zu ihrem Ruheplätzchen ausersehen! Sie ahnen sicher nicht, daß durch ihren Wohnsitz hindurch Herr Schulze in Berlin dem Herrn Smith in Dublin einen Gruß sendet, wie es auch kaum Seelenkunde sein dürfte, die die Bohrasseln zum Durchdringen des Kabels bis zu seiner Kupferseele treibt.

Notizen.

Die älteste Brille. Der Gebrauch von Vergrößerungsgläsern für kurzsichtige Augen ist sehr alt, aber eigentliche Brillen sind für Europa erst eine verhältnismäßig späte Erfindung. Die Chinesen sind auch in diesem Punkte den Europäern angeblich voraus gewesen. Auch sollen die Samojeden in Nordsibirien seit landem Schneebrillen gebraucht haben. Das kommt aber für die Entwicklung der eigentlichen Brille ebensowenig in Betracht, wie die geschliffenen Linsen aus Bergkristall, die in den Ruinen von Ninive gefunden worden sind, oder der geschliffene Smaragd, durch den der Kaiser Nero die Gladiatorenkämpfe betrachtet haben soll. Am Ausgang des Mittelalters hat Roger Baco Vergrößerungsgläser gekannt, und zu seiner Zeit lebte auch der Mann, der auf seinem Grabstein in der Kirche Santa Croce in Florenz ausdrücklich als Erfinder der Brillen bezeichnet worden ist. Er hieß mit vollem Namen Salvino d'Armato degli Armati und starb im Jahre 1317. Die Erfindung selbst wird von den Ueberlieferungen spätestens auf das Jahr 1285 verlegt. Jedenfalls werden Brillen seit dem Beginn des 14. Jahrhunderts von Schriftstellern bereits häufig erwähnt. Bald darauf erschienen sie auch auf den Kunstwerken, so auf dem Madonnenbilde von Jan van Eyck in Brügge, auf dem Tod der Maria von Martin Schongauer, an den Altarverzierungen in der Jakobuskirche in Rothenburg ob der Tauber und auf den Zeichnungen einer Regensburger Handschrift vom Jahre 1600, die im Germanischen Museum in Nürnberg aufbewahrt wird. All diese Brillen zeigen große kreisförmige Linsen in einem Rahmen aus schwarzem Horn oder Leder, die durch ein kurzes Lederband verbunden mit einem anderen Band um den Kopf befestigt sind. Brillen mit Metallfassung, Lorgnetten oder gar Kneifer erscheinen erst später. Professor Greef in Berlin hat im laufenden Band des Archivs für Augenheilkunde die Ergebnisse einer langen und sorgfältigen Nachforschung in einer großen Zahl von Museen und anderen Sammlungen veröffentlicht, durch die er feststellen wollte, aus welcher Zeit die ältesten noch jetzt erhaltenen Brillen stammen. Danach scheinen aus der frühesten Zeit überhaupt keine Exemplare mehr vorhanden zu sein, sondern erst aus dem 16. Jahrhundert. Sie sind noch von dem älteren Typ mit Lederfassung. Die ältesten Exemplare von allen sind in dem Pirkheimerzimmer der Wartburg zu sehen. Sie wurden im Jahre 1867 hinter der Holzäfelung der Kammer von Willibald Pirkheimer gefunden, als die Ausstattung dieses Raums in das Lutherhaus auf der Wartburg geschafft wurde. Diese Brillen gehörten unzweifelhaft dem genannten Mann, einem tüchtigen Humanisten, der ein Freund von Luther und ein Berater Kaiser Maximilians war und im Bild durch eine prachtvolle Radierung von Albrecht Dürer aus dem Jahre 1524 erhalten geblieben ist. Es sind nicht weniger als acht Brillen, deren Linsen freilich meist gesprungen oder zerbrochen oder auch durch Veränderung im Innern des Glases selbst getrübt sind. Nach der Art des Schliffs wird ihr Alter zwischen 1520 bis 1530 verlegt. Die Fassung besteht aus gegerbtem, schwarz gefärbtem Leder und bildet einen sogenannten Nasenreiter, der die Nase ähnlich einem modernen Pinzenez einkniff, aber beim Lesen entweder von der Seite oder von oben her mit der Hand gehalten werden mußte. Die Brillen waren sehr teuer und haben angeblich zwischen 180 und 300 ℳ für das Stück gekostet, so daß sich also nur ein wohlhabender Patrizier einen so großen Vorrat an Brillen halten konnte.

Wie Amerika abgetragen wird. Die menschliche Vorstellungskraft reicht zu seiner Abschätzung der Massen, die im Laufe eines Jahres durch spülendes oder fließendes Wasser von der festen Erdoberfläche abgetragen und allmählich ins Meer getragen werden, nicht aus. Man würde geneigt sein, diese Beträge für immerhin geringfügig zu halten, und das trifft für weite Flächen auch zu. Dennoch sind die auf diese Weise bewegten Massen selbst außerordentlich bedeutend. Das lehrt eine Berechnung, die von zuverlässigen Forschern jetzt für das Gebiet der Vereinigten Staaten durchgeführt worden ist. Die Gesamtfläche der Vereinigten Staaten, die hinter der von ganz Europa nicht weit zurücksteht, wird in einem Jahr allerdings nur um eine Schicht erniedrigt, deren Dicke durchschnittlich ein dreißigstel Millimeter beträgt. Es würde also 30 000 Jahre währen, bis die gesamte Fläche der Vereinigten Staaten durch diese Kräfte um einen Meter im Durchschnitt erniedrigt worden wäre. Dennoch belaufen sich die Massen, die in jedem Jahr durch die Ströme der Vereinigten Staaten aus den festen Schichten fortgeführt werden, auf mehr als 270 Millionen Tonnen an gelöster Materie und dazu auf 513 Millionen Tonnen an schwebenden Stoffen, also Schlamm und Geröllen. Insgesamt vermindert also die Arbeit der Ströme die feste Erdoberfläche im Bereich der Vereinigten Staaten jährlich um 783 Millionen Tonnen. Hätten die Amerikaner die Arbeit dieser Gewalten bei der Schaffung des Panamakanals ausnützen können, so würde dieser binnen 73 Tagen fertig geworden sein. Selbstverständlich ist diese Abtragung in den einzelnen Teilen des Landes sehr verschieden, insbesondere im Gebirge viel bedeutender als im Tiefland. Nach den gesonderten Untersuchungen wird der südliche Teil der pazifischen Seite am stärksten abgetragen, am wenigsten das Gebiet der Hudsonbai, während die Erniedrigung des Bodens im Bereich des Koloradoflusses und überhaupt durch die Ströme, die zum westlichen Teil des Golfs von Mexiko gehen, etwas schneller erfolgt. Außer der Erhebung des Bodens ist selbstverständlich der Betrag des Regenfalls maßgebend, und in trocknen und halbtrocknen Gebieten geht die Abnutzung des Bodens am langsamsten vor sich.

Viezucht-Statistik.

Allgemach in deutschen Landen
Kommt die Fruchtbarkeit abhanden,
Selbst der homo sapiens
Uebet Zeugungs-Abstinenz.

Aber auch die lieben Tierchen
Meiden jetzt mehr das Plätzerchen,
Das allein den Nachwuchs mehrt,
Der uns Fleisch und Wurst beschert.

Allenthalben kann man lesen,
Daß die Schlachtvieh-Lebewesen
Im Bestand — laut Statistik —
Ganz beträchtlich gehn zurück.

Ist es Lauheit der Gefühle,
Schweigt der Hang zum Liebesspiele
Fehlt der Drang zur Fruchtbarkeit?
Nein! Nur die — Gelegenheit.

Denn gar viele sind indessen
Wegen ihres Fleisch's gegessen;
Und ein Vieh, das längst verzehrt,
Strebt nicht, daß die Art sich mehrt.

Schweine, Kälber, Schafe, Rinder
Werden künftig immer minder,
Relativ und absolut,
Und das tut dem Volk nicht gut.

Leerer wird die Futterkrippe,
Deutschland lebt schon von der Strippe,
In bezug auf Fleisch und Schmalz,
Und die Not steigt ebenfalls.

Das sind trübe Perspektiven,
Teurer werden selbst die Griefen,
Die man zu Kartoffeln speist:
Und wer weiß, was Hunger heißt.

Der kann's Jenen nicht verdenken
Die sich wohlweislich beschränken
Bei Erzeugung jener Zahl,
Die sich teilt ins karge Mahl.

Wer dem Volk das Fleisch
Hat mit dazu beigesteuert,
Haß in Zukunft unbedingt
Die Geburtenziffer sinkt.

Monatsbeilage des Tabak-Arbeiter.

Nr. 2 **Sonntag, den 23. Februar** **1913**

Otto Ludwig.

Unsere Zeit! Das ist eine Zeit des Wollens und Wirkens, eine Zeit voll Kraft, eine Zeit des Kampfes, das ist die Zeit, in der das ungestüme Freiheitssehnen der breiten Masse emporbrandet gegen die einengenden Dämme der heutigen Gesellschaftsordnung; es ist eine atemlose Zeit des Vorwärtsstürmens, eine Zeit, in die schon der Feuerschein künftiger, gewaltiger Kämpfe um die höchsten und letzten Ziele der Menschheit fällt.

In dieser drängenden Zeit richtet sich unsere Aufmerksamkeit auf das Kommende. In der Zukunft liegen unsere Ziele. Mit atemloser Spannung verfolgen wir die Vorgänge der Gegenwart, die Sturmvögel künftiger Ereignisse. Alles Vergangene werten wir unter dem Gesichtswinkel des kommenden Kampfes. Alles das, was diesen Kampf fördern kann, alles das, was uns dazu begeistert, hat unsere jubelnde Zustimmung; an allem, was Kampf um ein edles Ziel bedeutet, nehmen wir innigen Anteil.

So bewerten wir auch Dichtung und Dichterleben. Jene Dichtung steht uns am höchsten, die unserm tiefsten Sehnen nach Freiheit beredten Ausdruck verleiht, die uns erschüttert und begeistert; jenem Dichter fühlen wir uns am nächsten, der mit uns fühlt und strebt. Und auch dem Dichter können wir unsere Anteilnahme nicht versagen, der mit dem Leben ringt und es zu formen sucht, dessen Werke ein Streben nach höheren Zielen bedeuten. Jener Typus von Dichter aber, den wir etwa mit dem Ausdruck „stiller Genießer" charakterisieren können, ist uns, die wir in einer Zeit voll gewaltiger Kraft leben, uns, die wir zur großen Gemeinschaft derer gehören, die berufen sind, den Kampf um die Befreiung der Menschheit zu führen, wenig.

Solche Naturen aber, die sich vom Lärm des Kampfes abkehren, die sich wegwenden von dem sie umbrandenden Leben, hat es immer gegeben. Fremd dem Geist, der in Lebensfluten, im Tatensturm auf und ab wallt, der am sausenden Webstuhl der Zeit die Geschicke der Zukunft wirkt, sehen sie ihre Ziele nur in der Gegenwart. Ihre Welt ist in ihnen; ihr Innenleben ist ihnen mehr, als das vielgestaltige, frischpulsierende Leben um sie her. Mit gespanntester Aufmerksamkeit lauschen sie dem Saitenspiel in ihrem Innern, dem Schwingen feinster Nervenfasern. In der Selbstbeobachtung, im Betrachten der vor ihnen auftauchenden Gestalten, im Auskosten ihrer Stimmungen finden sie höheren Genuß als im Schaffen. Es sind krankhafte Naturen, die zu müde sind, um den Kampf mit dem Leben zu führen.

Eine solche Natur war der Dichter, dessen 100. Geburtstag am 12. Februar gefeiert wurde, Otto Ludwig.

*

Schon als Knabe war Otto Ludwig von einer überreizten Feinheit des Gemüts, nervös und kränklich. Die entscheidenden Eindrücke seiner Jugend empfing er in der Einsamkeit des Gartens, den sein Vater, der Hofadvokat und Stadtsyndikus Ernst Ludwig in Eisfeld in Thüringen gekauft hatte. Dieser Garten war von großem Einfluß auf Ludwigs Leben. Hier trat er in innige Berührung mit der Natur, hier schloß er Freundschaft mit Blumen und Schmetterlingen, hier war seine Heimat, und während seines ganzen Lebens empfand er immer wieder eine stille Sehnsucht nach den stillen Sommertagen im Garten seiner Jugend.

In seinem zwölften Jahr verlor er den Vater, in seinem achtzehnten Jahr die Mutter. Ohne festes Ziel ging er der Zukunft entgegen. Er hatte für kurze Zeit zwei Gymnasien besucht, aber der frühreife Knabe war nicht gewohnt, systematisch und von anderen zu lernen. Er wollte alles aus sich selbst schöpfen. So duldete es ihn nicht lange auf der Schule. Und noch viel weniger sagte ihm eine kurze Kaufmannslehrzeit bei seinem Onkel zu. Seine Begeisterung galt den Künsten, Musik und Poesie. Ein kleines Vermögen setzte ihn in den Stand, seinen Neigungen nachzugehen, ohne an frühzeitige Erwerbsarbeit denken zu müssen. Sicher, wäre seine materielle Lage schlechter gewesen, wäre er gezwungen gewesen, nach dem Tode seiner Eltern aus eigner Kraft seine Existenz zu behaupten, so wäre er eine viel stärkere Natur geworden.

So aber bezog er nun das Gartenhaus, das in dem geliebten Garten stand, und lebte nun hier ganz seinen Neigungen. Er musizierte, komponierte, entwarf poetische Pläne, freute sich an dem Reichtum der Gestalten, die vor seinem Geiste auftauchten. Er lebte nur sich. Die Gegenwart war ihm alles, die Zukunft sehr wenig. Im Genuß des Schönen verbrachte er die Jahre, die anderen die Schule zum Kampf mit dem Leben bedeuten. Dies Leben, bedingt durch die Eindrücke seiner Jugend und seine materielle Lage, führte notwendig zur Vertiefung seiner eingängerischen Veranlagung. Er kehrte sich immer mehr von der Außenwelt ab. In diesen Jahren glaubte er sein musikalisches Talent größer als seine dichterische Begabung. Wenn er der Zukunft gedachte, so glaubte er sich zum Musiker bestimmt. Der Sechsundzwanzigjährige ging also den Herzog von Sachsen-Meiningen um ein Stipendium an, das ihm ermöglichen sollte, bei Felix Mendelssohn in Leipzig Musik zu studieren. Das Stipendium wurde ihm auf drei Jahre gewährt.

Im Herbst 1839 ging er nach Leipzig. Allein, er hatte sich bei seinen privaten Musikstudien nicht um die damals herrschende Richtung der Musik gekümmert. Er war 26 Jahre alt, nicht gewohnt, von anderen Belehrung und Eindrücke zu empfangen. Er hatte sechs Jahre eines idyllischen, dem Genuß von Stimmungen geweihten Lebens hinter sich. Er kam aus dem Frieden einer thüringischen Kleinstadt in das lebhafte, gesellige Leben des damaligen Leipzig, als Schüler eines anerkannten großen Künstlers, der für seine Zeit tonangebend war. Er mußte scheitern. Er fühlte, daß er hier nichts lernen könne. Das Getriebe der Stadt ließ ihn seine Einsamkeit empfinden. Er war eben nicht die Natur, um sich in den Strudel des Lebens zu stürzen. Inmitten des bewegten Leipziger Lebens lebte er einsam auf seiner Stube, oft aß er nicht Mittag, um nicht ausgehen zu müssen. In dieser Einsamkeit nun gab er sich seinen Gedanken und Einfällen, die vor ihm Farbe und Leben annahmen, hin. Einmal überraschte ihn ein Freund, als er unbeweglich auf einem Stuhl inmitten des Zimmers saß. Sechs Stunden hatte er da wie verzaubert gesessen, weil plötzlich eine Schar von Liliputanern oder winzigen Gnomen aus der Diele geschlüpft, an seinen Beinen emporgeklettert war, um auf seinen Knien einen Turm zu bauen.

Sicher ist eine solche Phantasie nicht nur aus der dauernden Uebung, der dauernden Beobachtung des eigenen Selbst zu erklären. Sie ist krankhaft. Ludwig war von Jugend an kränklich und nervös. Aus dieser krankhaften Veranlagung, seinen Jugendeindrücken, seiner unregelmäßigen Erziehung und seiner materiellen Lage läßt sich sein bisheriges Leben restlos ableiten. Wie nach allem

vorauszusehen war, erlitt er mit seinen musikalischen Plänen in Leipzig Schiffbruch.

Dieses Scheitern gab den letzten Anstoß zu einem körperlichen Zusammenbruch. Im Jahre 1840, eben als es Frühling wurde, warf ihn eine tückische Krankheit nieder, die ihn bis zu seinem Tode nie ganz verlassen hat. Er, der wieder aufzuleben pflegte, wenn es Frühling wurde, erkrankte nun zu der Zeit, die ihm die schönste im Jahre war. Voll Schmerz und Sehnsucht gedachte er seines geliebten Gartens, seiner sonnigen, verträumten Stille, die ihm so vertraut war. Als er vom Krankenlager aufstand, war es inzwischen Sommer geworden. Aber er war müde und zerbrochen. Die ganze sommerliche Pracht war ihm nichts. Der Gedanke, den Rest seiner Tage als Kantor in einem stillen Thüringer Winkel zu verträumen, zeigt so recht seine Müdigkeit.

Er kehrte auf zwei Jahre in seine Heimat, in seinen Garten zurück, wo er nun ganz wie früher in seinen Stimmungen und Neigungen aufging. In dieser Zeit vollzog sich seine Umkehr, er verließ die Musik und wandte sich ganz der Dichtung zu. Abermals ging er nach Leipzig — er hatte ein weiteres Stipendium erhalten — um hier sein poetisches Talent zu vervollkommnen. Aber er erzielte mit einigen Novellen auch auf diesem Gebiete keinen Erfolg.

Da führten ihn seine Beziehungen zu der Schauspielerin Karoline Bauer, mit der er verwandt war, nach Dresden. Aber das Drama, „Agnes Bernauer", das er mitbrachte, kam nicht zur Aufführung. So zog sich Ludwig, der sich auch in Dresden nicht wohl fühlte, wieder in die Einsamkeit zurück. Er flüchtete wieder zur Natur. Im Triebischtal bei Meißen, einem idyllischen Fleckchen Erde, das ihn wohl an das heimatliche Thüringen erinnern mochte, verbrachte er Frühjahr und Sommer des Jahres 1844, mit poetischen Ideen beschäftigt. Hier lernte er seine Frau kennen, eine Meißner Bürgerstochter, die er nach achtjährigem Brautstand heimführte.

Ludwig, der 1844 29 Jahre alt war, hatte bis dahin noch nichts verdient. Er lebte von dem Rest seines Vermögens und von den Stipendien. Zudem hatte ihm sein Onkel, als er 1843 gestorben war, die Hälfte seines Vermögens hinterlassen. Indessen entstanden ihm bei der Auszahlung des Erbes Schwierigkeiten. Da er nun daran dachte, einen eigenen Hausstand zu gründen, mußte er auch daran denken, sich eine feste Existenz zu schaffen. Er ging deshalb im Winter 1844/45 nochmals nach Leipzig, um sich hier, im Zentrum der Literatur, eine literarische Existenz zu gründen. Jedoch, der stille Dichter stimmte nicht zu der bewegten Zeit — das Jahr 1848 bereitete sich vor —, und außerdem war Ludwig nicht die Natur danach, um zu verdienen.

Er kehrte also ergebnislos nach Meißen zurück, und setzte hier sein stilles Leben fort. Eine Fülle von Gestalten umgab ihn, er wälzte großartige Pläne, aber vergebens mühte er sich ab, sie zu formen. Er war eben eine betrachtende, passive Natur. Er erfreute sich an den Gestalten, die vor ihm auftauchten, an den Projekten, die ihm einfielen, aber zur Ausführung fehlten ihm Kraft und Einheit. Von allen Plänen führte er so nur zwei aus; es entstanden die beiden Dramen „Die Rechte des Herzens" und „Der Erbförster". Das erstere ist ein recht mittelmäßiges Theaterstück, das zweite jedoch zeigt die große dramatische Begabung Ludwigs.

Es fehlte dem Dichter jedoch an Initiative, um zäh und konsequent nach Anerkennung, nach Aufführung seiner Dramen, nach Ruhm zu streben. Erst als sich der Dresdener Schauspieler Eduard Devrient darum bemühte, kam im März 1850 der „Erbförster" in Dresden zur Aufführung. In der Zwischenzeit hatte Ludwig in seinem stillen Winkel ein ruhiges Poetenleben geführt, damit beschäftigt, dem Saitenspiel seines Innern zu lauschen. Und das zu einer Zeit, da die bürgerliche Demokratie durch eine umfassende Agitation das Land aufrüttelte, zu einer Zeit, da die sächsische Publizistik heiße politische Kämpfe führte, zu einer Zeit, da die bürgerliche Revolution sich in Dresden sechs Tage lang gegen sächsische und preußische Truppen hielt!

Jedoch auch der Erfolg des „Erbförsters" konnte Ludwig nicht dauernd in Dresden halten. Immer wieder flüchtete er nach Meißen, in die Einsamkeit des Triebischtales. Endlich, nachdem er 1852 seine Braut geheiratet hatte, siedelte er endgültig nach Dresden über. Noch einmal ging ein Drama von ihm, "Die Makkabäer", über die Bretter. Aber es brachte ihm eine Enttäuschung.

Nur nebenbei schrieb er 1854 schnell hintereinander zwei Erzählungen, „Die Heiterethei" und „Zwischen Himmel und Erde". Beide gehören zu den Glanzwerken deutscher Prosakunst. Er selbst jedoch hielt nicht viel von ihnen. Denn nur im Drama, glaubte er, liege seine Stärke. Und gerade das war seine Schwäche. Dramatische Einfälle kamen ihm genug, aber es fehlten ihm eben Kraft und Sammlung und Selbstvertrauen, um sie auszugestalten. Sein Talent war krankhaft, ebenso wie seine peinliche Selbstbeobachtung krankhaft war. „Nun ist mir," so schreibt er über die Art seines Schaffens, „das Rätsel meines früheren Schaffens psychologisch gelöst. Erst bloße Stimmung, zu der sich eine Farbe gesellte, entweder ein tiefes, mildes Goldgelb, oder ein glühendes Karmosin. In dieser Beleuchtung wurde allmählich eine Gestalt sichtbar, wenn ich nicht sagen soll eine Stellung, d. h. die Fabel erfand sich, und ihre Erfindung war nichts anderes, als das Entstehen und Fertigwerden der Gestalt und Stellung. Aber diese war so sehr Hauptsache, d. h. diese genau begrenzte lebendigste Anschauung eines Menschen in einer gewissen Stellung, daß, sowie das Mindeste daran unbestimmt wurde, meine Fabel und meine Intentionen sich verwirrten, und ich selber nicht mehr wußte, trotz möglichst detailliert aufgeschriebenen Planes, was ich wollte, wo dann, wenn ich mich zum Arbeiten doch zwang, die Einzelheiten für sich selbst ins einzelste zaserten, und eine Menge Detail hineinschwoll in üppigster Anarchie. Jenes Farben- und Formenspektrum, welches mich, solange es in klarster Sinnlichkeit dastand, in jedem Augenblick und in den heterogensten Umgebungen und Beschäftigungen wie ein Mahner umschwebte und mein ganzes Wesen in Aufregung setzte, in einen Zustand ähnlich dem einer Schwangeren, der Geburt nahe, und in der Geburtsarbeit, ein liebend Festhalten und doch Hinausdrängen des, was vom eignen Wesen sich losgelöst hat, Ding für sich geworden ist."

Diese überscharfe Selbstbeobachtung, das stete in sich Hineinlauschen, ließ ihn nicht zu fruchtbarem Schaffen kommen. Er rang auch in den letzten Jahren seines Lebens mit Dramenstoffen. Aber daß er sie nicht bezwang, war ihm nicht die Quelle von Schmerz und Verzweiflung. Dies Ringen, das zugleich Anschauen war, war ihm beinahe Selbstzweck, Genuß. Er verzehrte sich nicht in ungestillter Sehnsucht nach Ehre und Ruhm. Seine Sehnsucht ging auf anderes. Er träumte von einer Heimkehr in den Garten seiner Jugend mit seiner sommerlichen Stille, seinem tiefen Frieden. Eine ungestillte Heimatsehnsucht war in ihm, ein träumerisches Sehnen nach den Gefilden seiner Jugend. Die Grillen und Eidechsen, die Bäume seines Gartens warteten auf ihn, der ein Naturkind war, der seine Wurzeln dort in der Muttererde gelassen hatte, als man ihn verpflanzte. In diesem Traum verbrachte er seine letzten Jahre. Die Hoffnung auf eine Heimkehr hielt seinen Geist noch wach, als sein Körper schon zusammengebrochen war. Wie einst lebte er still und verträumt, den Harmonien der feingestimmten Saiten seines Innern lauschend, bis ihm am 25. Februar 1865 der Tod sein Saitenspiel zerriß. Sein letzter, tiefempfundener dichterische Gruß galt der Heimat:

„Noch einmal, eh ich gehe, laß das Haus,
Wo meine Wiege stand, mich grüßen, dann
Wie Kinder plaudern wir von alten Tagen;
So gleit' ich wie ein welkes Blatt vom Zweig,
Das unter Schwestern eben noch geflüstert,
Das niemand fallen sieht. Dorthin gewandt
Steht ihr, und — dahin scheid' ich mit der Sonne."

*

Was konnte dieser Dichter seiner Zeit geben? Seine Zeit war vorwiegend politisch interessiert. Demokratisierung des Staatslebens, Einigung Deutschlands, das waren die ideellen Ziele, die das Streben seiner Zeitgenossen beeinflußten. Die Dichtung seiner Zeit war vorwiegend politisch. Aber Ludwig hatte nicht teil an diesen Strömungen. Und da sie ihn nicht ergriffen, konnte er sie auch nicht befruchten. Es fehlte ihm alles das, was den politischen Dichter ausmacht: die feurigste Anteilnahme an den Kämpfen der Zeit, die Begeisterung, der heilige Zorn, die Kraft der Empörung gegen jede Unterdrückung. Nichts von alledem bei Ludwig. Er war fromm und gut. Wohl hat auch er fünf politische Gedichte geschrieben, aber nirgends findet sich in ihnen die Kampfstimmung, die ungeheure Erbitterung der damaligen Zeit. Matt und farblos stehen sie neben der Wucht der Revolutionslyrik eines Herwegh und eines Freiligrath. Er konnte seiner Zeit nichts geben.

Und was kann dieser müde, nach innen gekehrte Dichter, der seiner Zeit schon nichts geben konnte, unserer Zeit sein, unserer Zeit, durch die die Frühlingsstürme der Menschheitserlösung brausen? C.

Die Leuchtkraft der Sonne.

schildert Professor Marcuse in seiner soeben erschienenen Himmelskunde in folgender anschaulicher Weise:

Es ist von besonderem Interesse, sich über die Kraftwirkungen dieses riesigen Zentralkörpers unseres Planetensystems womöglich eine zahlenmäßige Vorstellung zu machen. Zunächst das Sonnenlicht.

Aus photometrischen Messungen folgt, daß ein von der Sonne bei ganz klarem Himmel beschienenes Blatt Papier ebenso hell beleuchtet wird, als wenn eine irdische Lichtquelle von etwa 300 000 Normalkerzenstärke in einem Meter Entfernung vom Papier aufgestellt ist. Die kräftigste Bogenlampe der elektrischen Technik liefert ungefähr 10 000 Kerzenstärken. Diese Lampe müßte bis auf 20 cm einem weißen Stück Papier nahe gebracht werden, um dieses gleich hell zu beleuchten, wie das Sonnenlicht es tut.

Die Lichtquelle am Himmel befindet sich aber nicht in 0,2 m Entfernung vom Papier, sondern in 150 000 Millionen Meter. Man findet daher unter Berücksichtigung des photometrischen Gesetzes von der Abnahme der Lichtintensität proportional dem Quadrat der Entfernung, daß die Leuchtkraft der Sonnenoberfläche die ungeheure Energiemenge von 27 000 Millionen Meterkerzen darstellt. Bedenkt man ferner, daß unsere Atmosphäre über die Hälfte des Sonnenlichts absorbiert, so findet man für die Sonne eine Energiemenge an Lichtstrahlen von 54 000 Millionen Kerzen, von der man sich kaum eine Vorstellung machen kann.

Noch gewaltiger ist aber die Arbeit, die von den dunklen Wärmestrahlen der Sonne auf der Erde geleistet wird. Eine schwarze, 1 qm große Fläche eine Sekunde lang den Wärmestrahlen der Sonne ausgesetzt, erhöht ihre ursprüngliche Wärmemenge um 0,3 Kalorien. Eine Kalorie ist bekanntlich die Wärmenge, welche notwendig ist, um 1 kg Wasser von 0 Grad auf 1 Grad zu erwärmen. Rechnet man diese Leistung in Kraft um, so folgt hier eine Arbeit von etwa 1,7 Pferdekräften (eine Pferdekraft ist diejenige Kraft, die 75 kg in einer Sekunde 1 m hochhebt). Die Hälfte der Wärmestrahlen wird noch von der Atmosphäre verschluckt. Es leistet also die Sonnenwärme auf 1 qm in einer Sekunde die Arbeit von 3,4 Pferdestärken.

Nun ist die Entfernung der Sonne aber nicht 1, sondern 150 000 Millionen Meter von der Erde. Berechnet man hiernach die wirkliche Arbeit der Sonnenwärme 1 m von der Sonnenoberfläche entfernt, so findet man pro Quadratmeter und Sekunde die Zahl von 157 000 Pferdestärken. Die ganze Sonnenoberfläche ist aber 58 Millionen Quadratmeter groß, daher ergibt sich für die Arbeit, die die Sonnenstrahlen leisten, die ungeheure Zahl von einer Quadrillion Pferdestärken. Das ist eine Zahl, von der man sich keine richtige Vorstellung machen kann.

Aber wenn man die Kraftmengen dem Verständnis näher bringen will, so kann man diese Arbeit auf unsere Atmosphäre spezialisieren und zum Beispiel ausrechnen, welche Wärmearbeit auf der Erdoberfläche von der Sonne geleistet wird.

Die Erde kann als eine große Kraftmaschine angesehen werden, die am Aequator erwärmt und an den Polen abgekühlt wird. Nun lehrt die Meteorologie, daß jährlich etwa 700 Billionen Kubikmeter Wasser in den Aequatorgegenden durch die Tätigkeit der Sonne verdampfen und nach den Polen transportiert werden. Wenn man diese Wassermenge über ein Areal von der Größe Europas verteilt, so käme ein Meer mit einer Tiefe von 66 m heraus.

Das ist eine ungeheure Arbeit, die die Sonne jährlich allein auf der Erde vollbringt, oder, wenn man die Dimensionen unseres Planeten vergleicht mit dem Raume, den die andern Planeten einnehmen, im 3000 Millionsten Teile des Sonnensystems.

Die Kabelfresser.

Ein Schaustück aus der Tiefsee im Reichspostmuseum.

Es gibt die seltsamsten Dinge, auf die der Appetit Hungriger sich richtet. Menschen ernähren sich dadurch, daß sie — man denke an die neuesten Attraktionen im Zirkus Busch — lebendige Frösche und Goldfische verschlucken, und die Bohrasseln haben nun einmal eine Vorliebe für Guttapercha. Der Himmel mag wissen, wo diese zierlichen, krustenbewehrten Bewohner der Tiefsee einmal Kabelkunde getrieben haben! Irgendwo müssen sie sich schon über die Konstruktion einer Meerestelegraphenleitung unterrichtet haben, denn sonst könnten sie unmöglich wissen, daß sich tief im Innern des Kabels das ihrem Gaumen so überaus angenehme Guttapercha befindet. Das Kabel ist mit dicken, eng aneinandergepreßten Stahldrähten umwehrt, darunter befinden sich dichte Schichten imprägnierter Jute, so daß selbst die Nase des schärfsten Polizeihundes draußen keinen Gummigeruch wahrnehmen könnte. Die Bohrassel aber weiß, daß der schmackhafte Bissen dort drinnen in dem dicken Tau steckt. Die Kenntnis davon muß sich wohl in diesem Tiergeschlecht forterben, nachdem vor Jahrzehnten eine Urassel auf irgendeinem Wege die Kunde davon verschafft hat.

So ist es den lieben Tierchen auch gelungen, das im Jahre 1882 verlegte unterirdische Telegraphenkabel Emden—Valentia (Irland) zu zerstören. Im Jahre 1911 versagte die Leitung, man mußte das Kabel auffischen und ein Stück davon erneuern. Die dabei herausgeschnittene beschädigte Stelle des Kabels ist seit einigen Tagen im Reichspostmuseum ausgestellt.

Da sieht man, daß die Bohrasseln es verstanden haben, die armierenden Stahldrähte beiseite zu schieben und ihren zarten Körper zwischen ihnen durchzudrängen. Die Bohrassel ist ein immerhin vier Millimeter langes Tier von der Dicke etwa einer Stecknadel. Wie es ihr möglich ist, den Leib mit den zahlreichen Beinen und Fühlern unbeschädigt durch das Metall hindurchzuzwängen, bleibt ihr Geheimnis. Es gehört sicher eine gute Ausdauer und ein stark aggressives Temperament zu diesem Geschäft. Mit solchen Eigenschaften ist freilich die sympathische Familie der Asseln reichlich begabt. Die Scherenassel zum Beispiel pflegt mit dem kräftigen

aus Selbsterhaltungstrieb erhebt sie immer wieder die Forderung auf Gewährung des Frauenwahlrechts und Beseitigung der Schranken, die der Mitarbeit der Frauen in den staatlichen und kommunalen Verwaltungen entgegenstehen.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß für manche Zweige der Verwaltung die praktische und beratende Mitarbeit weiblicher Personen dringend notwendig wäre. Es sei hier nur an die Arbeiten in der Armen- und Waisenverwaltung, bei der Ausgestaltung des Schulwesens, sowie bei der Beratung und Durchführung der Arbeiterversicherung (Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz) erinnert. Auf diesen Gebieten würden Frauen sicher wertvolle Anregungen geben können und haben dies auch bereits überall dort getan, wo man sie zur Mitarbeit herangezogen hat.

Diese Mitarbeit ist aber bisher nur in ganz geringem Umfange möglich gewesen; vor allen Dingen ist sie versagt durch das für weibliche Personen bestehende Verbot, die Vertreter wählen zu dürfen, die berufen sind, an der Gesetzgebung mitzuwirken. Dadurch aber werden auch die arbeitenden Frauen ausgeschaltet, in Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis heraus, die in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten entschieden werden, ihre Meinung abzugeben. Deshalb haben die Arbeiterinnen sogar ein besonderes Interesse an der Gewährung des Frauenwahlrechts, und dies veranlaßt sie mit, an den Versammlungen teilzunehmen, die darauf hinausgehen, wieder einmal diese Forderungen zu erheben.

Im übrigen ist es die Erkenntnis, daß es nur der gemeinsamen Arbeit von Männern und Frauen gelingen wird, die Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung besser zu gestalten, und daß das Wahlrecht hierzu unbedingte Voraussetzung ist.

Diese Erkenntnis veranlaßte ja auch die Vertreter der Arbeiterklasse immer wieder, für die Forderung energisch einzutreten, trotz aller Hinweise auf die Gleichgültigkeit vieler Frauen, den öffentlichen Angelegenheiten gegenüber. Diese Gleichgültigkeit würde beseitigt werden mit dem Augenblicke, wo die Frauen vor die Notwendigkeit gestellt wären, ihre Stimmen abzugeben, um die gesetzgebenden Körperschaften zu wählen. Für diese Ansicht liefert die Entwicklung der arbeitenden männlichen Bevölkerung seit der Zeit, wo ihnen das Wahlrecht gegeben wurde, den besten Beweis. Die Erkenntnis der Zusammenhänge des Wirtschaftslebens und der Tatsache, daß die Arbeiterklasse auf sich allein angewiesen ist im Kampfe um wirtschaftliche und politische Befreiung, schafft ihr Mitstreiter auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Diese Erkenntnis aber auch den Frauen beizubringen und sie für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse vorzubereiten, werden die Versammlungen zur Forderung des Frauenwahlrechts erheblich beitragen.

Deshalb muß die Arbeiterklasse alles tun, um einen guten Versammlungsbesuch zu ermöglichen. Hier kommt noch hinzu, daß die Forderung nur dann Aussicht auf Erfolg haben wird, wenn der Regierung immer wieder gezeigt wird, die Massen verlangen Aenderung des bestehenden Zustandes, der die weibliche Bevölkerung zur Rechtlosigkeit verurteilt und sie hindert, an der Gesetzgebung mitzuarbeiten. Wenn daher die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dazu beitragen, ihre Kolleginnen und ihre Frauen zum Besuch der Versammlungen zu veranlassen, so handeln sie auch in ihrem eigenen Interesse. Sie fördern dadurch die Aufklärungsarbeit unter den Frauen und Töchtern der Arbeiterklasse, und geben diesen die Möglichkeit, sich an dem Befreiungskampf zu beteiligen, der der arbeitenden Bevölkerung günstigere Lebensbedingungen schafft.

Erklärung.

Straßburg. In der Beilage zu der Nr. 84 des Tabak-Arbeiter habe ich einen Artikel veröffentlicht, der sich mit den Verhältnissen in der Elsässischen Tabakmanufaktur befaßt. Dieser Artikel wurde von mir als Gauvertreter des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes veröffentlicht. Inzwischen habe ich Gelegenheit gehabt, mit dem Leiter der Elsässischen Tabakmanufaktur über die Verhältnisse Rücksprache zu nehmen, und gemäß der zwischen uns stattgefundenen Einigung erkläre ich, daß ich die in jenem Artikel enthaltenen Behauptungen nicht mehr aufrecht erhalte und die in demselben gegen die Elsässische Tabakmanufaktur erhobenen Vorwürfe zurücknehme.

Adolf Heising.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe im 4. Vierteljahr 1912. Im Januarheft des Reichsarbeitsblattes werden die Arbeitslosenziffern für das 4. Vierteljahr 1912, wie sie sich aus der Statistik der Gewerkschaften ergeben, veröffentlicht; wir entnehmen daraus die für die Tabakindustrie in Betracht kommenden Ziffern. Leider hat noch eine Reihe Zahlstellen die Notwendigkeit der Berichterstattung nicht eingesehen und schicken die ihnen übermittelten Karten nicht zurück.

Arbeitslos an den jeweiligen Stichtagen waren:

1912	männlich	weiblich	zusammen	4. Vierteljahr 1911
Oktober	356 = 2,0%	214 = 1,3%	570 = 1,7%	2,4%
November	351 = 2,0%	318 = 1,8%	669 = 1,9%	1,8%
Dezember	1643 = 9,0%	2173 = 12,2%	3816 = 10,6%	7,9%

Die Gesamtzahl der Fälle von Arbeitslosigkeit am Orte im 4. Vierteljahr betrug bei Männlichen 2894, bei Weiblichen 2948, zusammen 5842 (im 3. Vierteljahr 1912: 3102); die Gesamtzahl der Arbeitslosentage am Orte und auf der Reise betrug 48 820 (3. Vierteljahr 1912: 41 618; 2. Vierteljahr 1912: 34 126). Auf 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeitslosigkeit 16,2, auf männliche insbesondere 15,8, auf weibliche 16,8 (3. Vierteljahr 1912: 2,0, bezw. 3,0, bezw. 0,7; 2. Vierteljahr 1912: 5,4, bezw. 4,8, bezw. 6,2). Auf 100 Mitglieder kamen 1,7 Arbeitslosentage (3. Vierteljahr 1912: 0,3; 4. Vierteljahr 1911: 1,5). Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit war 8 Tage gegen 12 im 3. Vierteljahr 1912 und 11 im 4. Vierteljahr 1911.

Die Arbeitslosenziffern unseres Verbandes zeigen eine außerordentliche Herabminderung der Arbeitsgelegenheit. Die Ziffern sind jenen zur Zeit der ersten Einwirkung der Tabaksteuer fast gleich. Solche Arbeitslosigkeit zeigt sich zu einer Zeit, da in unserer Branche sonst wegen der Weihnachtsbestellungen von einem flotten Geschäftsgange die Rede ist. Wie soll das noch werden!

Ein Monopol-Dementi. Wir besprachen kürzlich einen Aufsatz des Geh. Oberfinanzrats Carthaus in Posen, der eine höhere Besteuerung des Tabaks, bezw. das Tabakmonopol zur Aufbringung von Mitteln für militärische Zwecke forderte. Dazu schreiben die „Vereinigten Tabak-Zeitungen" in Nr. 10: „Wir haben uns darauf an die maßgebende Stelle gewandt und die Erklärung erhalten, daß es sich um eine rein private Arbeit des Verfassers handle, die auf keine regierungsseitigen Einflüsse zurückzuführen sei. Im Gegenteil sei anzunehmen, wenn nicht ganz außer jeder menschlichen Voraussicht liegende Verhältnisse eintreten, daß das Tabakgewerbe einer langen Periode der vollständigen Ruhe entgegengehe, nachdem die Regierung erst kürzlich die mühevolle Bearbeitung der Tabaksteuerordnung und der Tabakzollordnung beendet habe. Schon aus diesem Umstande müsse auf die Haltlosigkeit der aufgetauchten gegenteiligen Gerüchte geschlossen werden. Für eine Beunruhigung der Branche fehle zurzeit jeder Anlaß."

Also: Nehmen wir an, zurzeit, wenn nicht ganz besondere Verhältnisse eintreten! Die „maßgebenden Stellen" sind in Deutschland aber recht wandelbar, und die eine geht, die andere kommt; fest und unerschütterlich ist vorläufig noch der Opfer heischende Militarismus. Wenn nun die „zurzeit" außer jeder menschlichen Voraussicht liegenden Verhältnisse über kurz oder lang doch eintreten?

Zur Trustfrage. Auch der Landesverband Südbayern des Hansabundes hat gegen den Tabaktrust mobil gemacht, indem er zum 7. Februar nach München eine Versammlung einberufen hatte. Positives ist auch dort nicht zustande gekommen. Ein Vertreter der Firma L. Wolff in Hamburg feierte dort das Markensystem in der Zigarrenbranche als bestes Mittel gegen den Trust. Die „nationalen" Handlungsgehilfen wollen ebenfalls eingreifen und beabsichtigen, aufklärende Vorträge über die Trustgefahr in ihren Ortsvereinen halten zu lassen. In Sachsen und Weimar haben sich zur Trustbekämpfung Zigarrenhändlervereine gebildet. In einer Versammlung des Vereins aller Tabakinteressenten, die am 4. Februar in Berlin stattfand, warnte der Syndikus des Vereins, Dr. Jonas, sich irgendwie im Trustkampf festzulegen, zumal die Händlerschaft in bezug auf Verträge mit den Fabrikanten keine guten Erfahrungen gemacht habe, wie er auch der Meinung war, daß die Gefahr übertrieben werde. Auch die „Vereinigten Tabak-Zeitungen" scheinen sich in ihrem Artikel in Nr. 14 der Meinung nicht verschließen zu können, als werde etwas reichlich schwarz gemalt. Mit großen Worten reden die Trustbekämpfer vom Schutz des deutschen Kapitals, amerikanische Geldleute wollen ihren Profit aus der deutschen Arbeit ziehen usw.; da macht es sich sehr nett, wenn ein „nationales" Organ, daß sogar seine „nationalen" Bestrebungen im Titel zeigt, den ganzen Trustabwehrkampf als Rummel bezeichnet, obgleich sie vor kurzer Zeit noch gegen den Trust mit klingenden Worten loszog. Es handelt sich um die „National-Zeitung". Schmock verdient wo er kann, und unsere Fabrikanten ebenfalls, und deshalb sind wir der Meinung, daß der Trust soviel Betriebe kriegt, als er haben will, wenn er nur gut bezahlt. Das nationale Interesse der Unternehmer lodert nur dann in hellen Flammen, wenn es dabei zu verdienen gibt. Wie die „Tabakwelt" mitteilt, beabsichtigt der Trust, ein seinen Zwecken dienendes Organ schon Anfang März herauszugeben; für das Blatt sollen 250 000 M zur Verfügung gestellt worden sein. Ob's wahr ist? Warten wir's ab.

Neue Arbeitskräfte — trotz Arbeitslosigkeit. Obgleich zurzeit in der Tabakindustrie bedeutend mehr Arbeitskräfte vorhanden als notwendig sind, suchen die Fabrikanten immer neue Scharen von Arbeitern, besonders natürlich Arbeiterinnen, heranzuziehen. Billig, billig, billig arbeiten ist die Hauptsache. Finden sich genügend billige Arbeitskräfte, dann können die anderen, die sich doch den Lohn nicht kürzen lassen wollen, einfach gehen. So finden wir z. B. im „Braunschweiger Allgem. Anzeiger" folgende Annonce:

> **Junger und Mädchen,**
> welche Ostern die Schule verlassen und das Zigarrenmachen erlernen wollen, werden eingestellt. Walter Jürgensen & Co., Zigarrenfabrik, Gandersheim, Bismarckstraße 21.

Nun ist in Gandersheim unter den Tabakarbeitern eine starke Arbeitslosigkeit, so daß die Firma Walter Jürgensen & Co. nur einfach zugreifen kann, wenn sie Arbeitskräfte haben muß. Aber selbst die Firma hat Arbeitskräfte reichlich, so daß es nur auf den Lohndruck abgesehen sein kann. Mit der Firma ist nämlich ein Minimallohn von nicht unter 9 M pro Mille vereinbart worden, der ihr nicht mehr paßt, den sie herabdrücken will.

Es ist vielleicht an der Zeit, daß unser Verband unter Darstellung der Arbeitsverhältnisse sich periodisch an die Bevölkerung mit der Aufforderung wendet, der Tabakindustrie, besonders der Zigarrenindustrie, künftig Lehrlinge nicht mehr zuzuführen. Wenn es uns gelingt, den Fabrikanten in dieser Weise „entgegenzukommen", so würde es nicht ohne Einwirkung auf unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse sein.

Zwangsweise Betriebseinstellung. Die Zigarrenfabrik Schaeffer in Neukirch i. Els. mußte auf Anordnung der Gewerbeinspektion den Betrieb einstellen, da die Räume den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechen.

Die Aktionäre können zufrieden sein. Die Bremer Zigarrenfabriken vormals Biermann & Schörling, A.-G., in Bremen beantragen 10 Prozent Dividende für 1912. Auch wird die Erhöhung des Aktienkapitals um eine halbe Million Mark, also auf 2½ Millionen Mark, gefordert.

Die Hamburger Zigarrenfabriken, A.-G. Hamburg, haben für das verflossene Geschäftsjahr einen Reingewinn von 185335 M erzielt. Auf das Aktienkapital von 800000 Mark wird eine Dividende von 10 Prozent verteilt, während 25 000 M dem Reservefonds zugeführt und 80 335 M zu Abschreibungen verwandt werden.

Bewegungen im Beruf.

Kopenhagen. Wie berichtet wurde, sind die Tabakarbeiter (Zigarrenindustrie) in eine Lohnbewegung eingetreten. Sämtliche mit den dänischen Fabrikanten abgeschlossenen Verträge sind gekündigt worden. Vor Zuzug nach Dänemark wird streng gewarnt.

Amsterdam. Seit einiger Zeit befinden sich die in der Zigarrenindustrie Hollands beschäftigten Arbeiter in einer Lohnbewegung, wobei es in Rotterdam, Dordrecht und Gorinchem zur Arbeitseinstellung kam. Die vereinigten Zigarrenfabrikanten antworteten mit der Aussperrung der organisierten Tabakarbeiter. Vor Zuzug nach Holland wird streng gewarnt.

J. A.: C. Deichmann, Sekretär.

Altona a. d. E. Die Firma Heinr. Behrens erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher um 25 ₰ bis 1 M pro Mille. Mit der Firma wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

Elmshorn (Schl.-Holst.). Nach eingeleiteter Lohnbewegung erhöhte die Firma Chr. Haack die Löhne der Zigarrenmacher um 50 ₰, 1 und 2 M und die Firma Joh. Möller um 1 M pro Mille. Der Minimallohn beträgt 10 M pro Mille bei freier Zurichtung.

Rethem a. d. Aller. Mit der Firma Heinr. Rotermund wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Minimallohn beträgt 10 M pro Mille bei Lieferung mit der Rippe aufgesetzter Decke, angefeuchtetem Umblatt und angefeuchteter Einlage.

Stuttgart. Von der Tabakarbeiter-Genossenschaft Stuttgart, Zigarettenfabrik, geht uns folgende Zuschrift zu:

Stuttgart, 10. Febr. 1913.

Erklärung!

Zu der Veröffentlichung über die Ablehnung des Tarifvertrages mit der Tabakarbeiter-Genossenschaft TAG in Stuttgart, erklären wir, daß der Tarif noch nicht vereinbart war, sondern von der Genehmigung des Aufsichtsrates abhing. Es ist also insofern unrichtig, wenn von einem vereinbarten Tarif geschrieben wird.

Ferner sind sämtliche Bedingungen erfüllt worden, und handelt es sich nur noch um die Tarifdauer. Die ganze Angelegenheit ist dem Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine überwiesen, wovon der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes von uns mit Angabe der Gründe Nachricht erhalten hat. Es ist deshalb mindestens verfrüht, uns als tariftreue Firma aus dem Bezugsquellenverzeichnis zu streichen.

Wir haben darauf zu antworten, daß das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in dieser Sache nicht zuständig ist. Im übrigen durften wir mit Fug und Recht den neuen Tarif als zwischen uns und der Genossenschaft vereinbart betrachten, denn der Geschäftsführer erklärte nach Abschluß der Verhandlungen in einer Versammlung: „Der Unterzeichnung durch den Aufsichtsrat steht nichts mehr im Wege". Demnach waren wir anzunehmen berechtigt, daß die Unterzeichnung durch den Aufsichtsrat nur noch eine Formsache sei. Wir nahmen berechtigterweise an, daß sich Geschäftsführer und Aufsichtsrat klar darüber waren, wie weit sie gehen wollten. Schließlich sei hinzugefügt, daß unsererseits einer längeren Tarifdauer nur zugestimmt werden konnte bei Gewährung höherer Löhne, als sie jetzt zugestanden wurden; darüber haben wir die Geschäftsleitung nicht im Zweifel gelassen.

Achtung! Aussperrung in Holland!

An die deutschen Tabakarbeiter!

Wie bereits bekannt gemacht ist, befinden sich unsere holländischen Kollegen seit längerer Zeit in einer Bewegung zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wiederholt geführte Verhandlungen mit den vereinigten Zigarrenindustriellen Hollands führten — abgesehen von den Zigarrenfabrikanten in Amsterdam, die annehmbare Lohnverbesserungen eintreten ließen — zu keiner Einigung, so daß es in Rotterdam, Gorinchem und Dordrecht zur Arbeitseinstellung kam. Die vereinigten Zigarrenindustriellen beantworteten diese Arbeitseinstellungen mit der Aussperrung der gesamten organisierten Tabakarbeiter in Holland. An der Aussperrung sind rund 3500 Fachgenossen beteiligt.

Werte Kollegen! Die holländischen Zigarrenfabrikanten glauben, mit einem Gewaltstreich die Organisation vernichten zu können. Das darf nicht geschehen! Die internationale Solidarität, die von der deutschen Tabakarbeiterschaft stets bekundet worden ist, wird die kämpfenden holländischen Kollegen nicht im Stiche lassen.

Die holländischen Kollegen, die den Kampf, da er ihnen aufgezwungen worden ist, nun auch im Interesse der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausfechten wollen und müssen, dürfen nicht niedergezwungen werden; ihr Sieg ist für die ganze internationale Tabakarbeiterschaft von wesentlicher Bedeutung.

Wir fordern deshalb die deutschen Tabakarbeiter auf, allerorts nach Kräften für den Sieg durch Aufbringung von Geldmitteln beizutragen. Sehen die Fabrikanten, daß die internationale Tabakarbeiterschaft, vor allem, daß die deutschen Tabakarbeiter hinter den so schnöde aufs Straßenpflaster geworfenen holländischen Kollegen stehen, so werden sie einzulenken gezwungen sein. Die Lage der holländischen Tabakarbeiter bedarf dringend der Verbesserung. Wir dürfen wohl bei dieser Gelegenheit betonen, daß auch die holländischen Tabakarbeiter jederzeit uns gegenüber ihre Pflicht und Schuldigkeit nach besten Kräften getan haben.

Kolleginnen und Kollegen! Tut auch ihr euer Möglichstes und sammelt Munition für die Holländer, zwar so bald als möglich.

Alle Gelder sind zu senden an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstr. 58/60, Postscheckamt Hamburg 11, Postscheckkonto Nr. 5349. Die Zahlkarten sind zu benutzen, doch ist darauf zu bemerken: Für Holland!

Bremen, den 17. Februar 1913.

Der Vorstand.
C. Deichmann.

Berichte.

Stolp in Pommern. Am 7. Februar fand hier eine gutbesuchte Versammlung statt, in welcher Gauleiter Hentschel über: „Warum ist unser Leben so freudlos?" einen Vortrag hielt. Die Ausführungen fanden allseitig Beifall. Nachdem erstatteten Kollege Berg und Kollegin Duske den Kartellbericht; auch dieser fand allseitige Zustimmung. Dann wurde die Gründung einer Lokalkasse angeregt; diese Anregung fand von allen Seiten ihre Zustimmung; doch wurde über die Höhe des Beitrags ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt. Mit einem kräftigen Hinweis, so wie bisher für Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen, wurde die Versammlung geschlossen.

Burg b. Magdeburg. Am 8. Februar fand hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Der erste Punkt der Tagesordnung, Vortrag des Gauleiters Kollegen Borax, mußte zurückgestellt werden, da der Referent wegen anderer Verpflichtungen nicht erscheinen konnte. Kollege Birker gab nun ausführlich Bericht vom Gewerkschaftskartell. Unter Verschiedenem wurde folgender Fall zur Sprache gebracht: Ein älteres weibliches Mitglied unserer Zahlstelle, das nicht mehr in der Branche beschäftigt ist, sondern bei der Tochter, die mit ihrem Mann in der Schuhfabrik arbeitet, den Haushalt führt, wofür sie jedoch Entschädigung erhält, beantragte Bewilligung der Arbeitslosenunterstützung für den Fall, daß ein drohender Streik in der Schuhfabrik ausbricht und sie dadurch ihre Beschäftigung verliert. Dem Vorstand wurde nun diese Sache überwiesen und dieser ließ unserm Bevollmächtigten den Bescheid zukommen, daß die Frau kein Anrecht auf Unterstützung habe. Die Diskussion hierüber ergab nun, daß die Mitglieder nicht der Meinung des Vorstands sind, sondern auf dem Standpunkt stehen, daß sich der Vorstand im Irrtum befindet. Wäre der Fall nicht dadurch erledigt, daß der Streik nicht ausgebrochen ist, dann hätte wohl der Vorstand die Sache noch einmal prüfen müssen. Auch das Eingesandt der Zahlstelle Zehdenick in Nr. 4 des Tabak-Arbeiter wurde besprochen. Unsere Mitgliedschaft ist betreffs der Auslegung des § 9 des Statuts derselben Meinung wie die Potsdamer und Zehdenicker Kollegen. Nachdem die Mitglieder aufgefordert wurden, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen, erfolgte Schluß.

Großschönau. Am 9. Februar tagte hier eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl der Ortsverwaltung; 2. Tarifvertrag; 3. Verschiedenes. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Paul Herbig als 1., Adolf Scholz als 2. Bevollmächtigter; als Revisoren Hermann Hofmann, Wilhelm Husemann und Kurt Bürger. Zu Punkt 2 wurde die Anfrage gestellt, ob die Tarife, die hier am Orte bestehen, gekündigt werden sollen. Es wurde beschlossen, dieselben weiter bestehen zu lassen. Dir Firma Hermann Grunewald, mit der ein Tarifvertrag besteht, bewilligte eine Lohnzulage von 25 ₰ auf eine Sorte. Besonders scharf wurde das Verhalten der Firma C. A. Linke kritisiert. Selbige Firma beschäftigt nur Hausarbeiter, die Löhne betragen 7 bis 8 ℳ pro Mille. Die Arbeiter müssen sich bei diesen Löhnen das Umblatt aus der Einlage suchen. Es werden Löhne verdient von 10 bis 11 ℳ pro Woche. Nun müssen die Arbeiter noch häufig aussetzen, weil kein Tabak vorhanden ist. So erhielten erst jetzt wieder Arbeiter Tabak auf 1000 Stück pro Woche. Selbst ein Arbeiter, dessen Frau Wickel macht, mußte sich mit diesem Quantum begnügen. Dieser Arbeiter hat die Arbeit aufgeben müssen, um nicht ganz zu verhungern. Solche Zustände sind doch wirklich unerträglich. Würde Herr Linke nicht wissen, daß die Mehrzahl seiner Arbeiter nicht im Verbande ist, so glauben wir, daß solche Zustände nicht möglich sein würden. Darum richten wir an euch, Kollegen, die ihr nicht im Verbande seid, die Mahnung: tretet ein in unsere Reihen, erkennt eure Lage, reicht uns die Hände als Arbeitsbrüder und helft kämpfen für ein menschenwürdiges Dasein.

Magdeburg. Als erster Punkt der Tagesordnung war ein Vortrag des Genossen Holzapfel über das Thema: „Kulturaufgaben der Gewerkschaften" in Aussicht genommen. Die Verwaltung hatte des interessanten Themas und der gediegenen Vortragsweise des Referenten wegen auf guten Besuch der Versammlung gerechnet. Aber weit gefehlt! Von 164 steuernden Mitgliedern waren 28 erschienen, so daß der Vorsitzende sich veranlaßt sah, einen Antrag auf Vertagung bis zur nächsten Monatsversammlung zu stellen, da diese auf den 8. März fällt, so gab ein Mitglied die Erklärung ab: Am 8. März findet im Louisenpark der Bauernball statt; es sei daher auch zu erwarten, daß bei dieser Versammlung dieselbe Erscheinung zutage trete, wie bei der heutigen; er ersuche daher den Vorsitzenden, einem diesbezüglichen Beschluß der Versammlung herbeizuführen. Nach kurzer Debatte wurde der Vortrag bis zum 12. April vertagt. Was soll man zu solcher Interesselosigkeit so vieler junger Mitglieder sagen?! Unter Verschiedenem teilte der Vorsitzende mit, daß es dem Bemühen des Bildungsausschusses gelungen sei, einen Vertrag mit der Direktion des Stadttheaters dahingehend abzuschließen, daß es den Mitgliedern der freien Gewerkschaften gestattet ist, bei Schauspielen und Opern die Plätze vom 1. Parkett bis 3. Rang zu bedeutend ermäßigten Preisen zu besehen. Ein schöner Erfolg!

Holzhausen. Am 11. Februar fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1912; 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure; 3. Kartellbericht und Delegiertenwahl; 4. Verschiedenes. Kollege Ebel verliest die Abrechnung, dieselbe wurde für richtig befunden. Die Kollegen Karl Kleine, Wilhelm Ebel und Wilhelm Hundertmark wurden als Bevollmächtigte einstimmig wiedergewählt; als Kontrolleure wurden die Kollegen Volrad Scheller und Carl v. d. Heide einstimmig gewählt. Darauf erstattet Kollege Kleine Bericht von der letzten Kartellsitzung. Bei der darauf stattfindenden Neuwahl der Kartelldelegierten wurden die Kollegen Karl Kleine und Wilh. Hundertmark, und als deren Stellvertreter die Kollegen Ludwig Henne und August Stock gewählt. Unter Verschiedenes machte Kollege Ebel bekannt, daß Sonntags von 12 bis 2 Uhr Unterstützung ausgezahlt würde und bittet, daß die Mitglieder immer ihr Buch gleich mitbringen; ohne Mitgliedsbuch könne er keine Unterstützung auszahlen. Von verschiedenen Kollegen wurde der Wunsch ausgesprochen, daß für die Mitgliederversammlungen etwas reger agitiert werden möchte, damit diese besser besucht würden.

Aus dem 6. Gau. Das Jahr 1912 war für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Zigarrenindustrie ein ebenso ungünstiges, wie es die vorhergehenden Jahre waren. Infolge des schlechten Geschäftsganges war der Verdienst sehr niedrig, hinzukam noch die allgemeine Kalamität, daß zur Verarbeitung schlechtes Material gegeben wurde. Zu all diesen traurigen Verhältnissen kam auch noch die Teuerung, die das Maß zum Ueberlaufen voll machte. Besonders in Frankfurt und weiterer Umgebung standen die Lebensmittelpreise am höchsten von ganz Deutschland. In Anbetracht solcher Zustände sollte man meinen, alle Tabakarbeiter und Arbeiterinnen würden sich zusammenschließen, um für bessere Verhältnisse zu kämpfen; aber leider leben auf dem Lande noch die meisten in Unwissenheit dahin und sind aller Solidarität abhold. Noch lasten die Wirkungen der Wertsteuer schwer auf der Industrie, und schon wieder erfreuen das Geschenk einer neuen Besteuerung. Es wird wohl auch eher keine Ruhe geben, bis das Tabakmonopol durchgedrückt ist. Die Arbeitslosigkeit in der Zigarrenindustrie wäre wohl noch viel größer gewesen, wenn nicht mehrere hundert Arbeiter und Arbeiterinnen in anderen Branchen Beschäftigung gefunden hätten. Die meisten Fabrikanten sind hier sehr kurzsichtig, sie lassen die geübten Arbeitskräfte lieber laufen, ehe sie ihnen bessere Löhne bewilligen; in vielen Fabriken findet man nur noch Frauen, sogar schon Betriebe mit nur jugendlichen Arbeitskräften. Billige und willige Arbeitskräfte wollen die meisten Unternehmer haben; leider gibt es noch zu viele Eltern, welche ihre Töchter, wenn sie nur der Schule entlassen sind, für einen wahren Hungerlohn in die Fabriken gehen lassen. Man sollte sich deshalb allerorts mehr der jugendlichen Arbeitskräfte annehmen, sie aufklären, damit sie auf das Unwürdige ihrer Entlohnung aufmerksam gemacht werden.

Trotz der sehr ungünstigen Verhältnisse hat sich die Organisation gut gehalten. Nur eine Zahlstelle, Fränkisch-Krumbach, ist eingegangen, und dazu hat die Firma Oppenheimer tapfer mitgeholfen. Leider ließen sich die Arbeiter betören; sie dürften es schon bereut haben; denn gerade in Fränkisch-Krumbach mußte die Organisation mit den elenden Löhnen einmal gründlich aufräumen. Gr.-Linden mußte, da keine Leitung mehr vorhanden war, mit Gießen verschmolzen werden. In folgenden Orten gelang es, eine Zahlstelle zu errichten: Staufenberg, Alsfeld, Alzenau und Bieber. In einer Anzahl weiterer Orte konnte Fuß gefaßt werden, so daß hoffentlich bald noch eine Anzahl Zahlstellen errichtet werden können. Der 6. Gau hat jetzt 39 Zahlstellen.

Die Organisation könnte hier viel weiter sein, aber es fehlt an den meisten Orten an geigneten Kräften, und die anderen Berufe bekümmern sich zu wenig oder gar nicht darum. Im ganzen Gau wurden im Berichtsjahre abgehalten 50 öffentliche, 53 Mitglieder- und 106 Fabrikversammlungen. Hausagitationen wurden 129 vorgenommen, Aufstellen von Abrechnungen und Revisionen 13, Informationen 17, Besprechungen und Sitzungen 26, Verhandlungen und Tarifabschlüsse mit Fabrikanten 21. Im Gießener Bezirk hat der Kollege Riegel 40 Fabrik-, 31 öffentliche und 27 Mitgliederversammlungen abgehalten, ferner an 83 Tagen Hausagitation ausgeführt und an sechs Besprechungen teilgenommen. In einer ganzen Anzahl Orte stehen uns immer noch keine Lokale zur Verfügung. Bei Ausflügen könnte da manchmal ein Druck ausgeübt werden, auch die Gelegenheit benutzt werden, mit den Nichtorganisierten in Fühlung zu treten. Auch sollte man bei Ausflügen stets Agitationsmaterial mitnehmen.

Lohnbewegungen fanden an zwölf Orten statt, welche alle mit einem teilweisen Erfolg endeten; auch ist die Tarifbewegung vorwärts gekommen. Es müßte nur von allen Seiten darauf hingewirkt werden, daß überall nur Tarifware bezogen und gekauft wird. Auf diesem Gebiet wird noch sehr viel unterlassen. Eine Aussperrung durch die Firma Nestor Gianaclis, Zigarettenfabrik in Frankfurt a. M., hatten wir zu erleiden. Die Firma wollte die Arbeiter zu willenlosen Werkzeugen herabdrücken, wogegen die Arbeiter sich entschieden wehrten; leider fanden sich genügend Arbeitswillige, zum größten Teil Griechen. Es muß die Aufgabe aller Zigarettenarbeiter sein, viel mehr als jetzt aufklärend unter ihren Kollegen zu wirken, damit solche unliebsamen Vorkommnisse sich nicht wiederholen. Aufklärung und Weiterbildung der neugewonnenen Mitglieder ist sehr notwendig. Man sporne die Kolleginnen zum Lesen des Tabak-Arbeiter an und agitiere überall für guten Versammlungsbesuch, dann wird es auch überall vorwärts gehen. Die Zeit ist sehr ernst, tue jeder seine Pflicht.

Frankfurt a. M., den 12. Februar 1913. Franz Schnell.

Wegen Stoffandranges mußten einige Berichte für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

L. COHN & Co. BERLIN N. Brunnen Str. 24. **Deutschlands grösstes** und leistungsfähigstes Fabrik- und Handelsgeschäft für die ges. Tabakbearbeitung **Wickelformenlager** L. COHN & Co. BERLIN N. Brunnen Str. 24.

Hermeking & Boy
Berlin N., Brunnenstrasse 183

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl, mittel- und hellfarb. Vollblatt, 2. und 3. Längen à 250 bis 500 ₰, hell ff. 600 ₰.
Vorstenlanden-Decke, dunkel, bester Mexiko-Ersatz, à 260 ₰, helle Kehrdecke à 300—400 ₰.
Java-Einlagen à 110—125 ₰.
Java-Aufarbeiter à 130—145 ₰.
Java-Umblatt à 150—190 ₰.
Mexiko-Decke ff. 450 ₰.
Brasil à 150—190, **Decke** à 350 ₰.
Havanna à 350 ₰, **Cuba** à 200 ₰.
Domingo à 120—170 ₰.
Carmen à 120—155 ₰.
Uckermärker Ia. à 105 ₰.
Losgut Blattware, à 105 ₰ m. Deckblatt-Kampanagen à 125 ₰.
Wickelformen, gebrauchte, gut erhaltene. Schiffchen-Abdrücke gratis und franko.
Pressen zu 12 Formen, oben u. unten verschraubt, Holzfuß- u. Holzdruckplatte in sehr starker Ausführung, 4eckige Träger, sonst 11 ℳ, nur....... 10 ℳ.
Presskasten, Bündelböcke, Rollbretter, Arbeitsmesser, Lack, Papier, Band, Ringe, Etiketten. Gummi-Tragant.
Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe.
Tabakpreise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3% Skonto. Verlangen Sie Preisverzeichnis.

Krankheitshalber ist alte
Renomm. Zigarrenfabrik
zu äußerst günstigen Bedingungen sehr billig zu verkaufen. Erforderlich sind 1500 bis 3000 ℳ. Auf Wunsch bleibt früherer Inhaber mitbeteiligt, welcher aber wegen Krankheit zeitweise nicht mit tätig sein kann. Für sehr soliden tüchtigen Zigarrenmacher passend. Offerten unter Nr. 47 an die Exped. d. Bl.

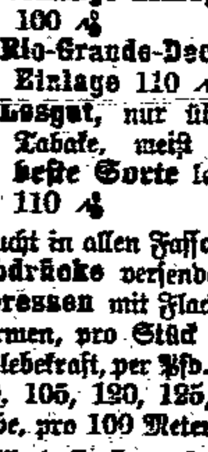
J. H. Koopmann, Bremen
Fernsprecher 3946 **Neustadtswall 36** Fernsprecher 3946
empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 ₰
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 ₰
Java-Decker dunkel 220 ₰, hell 260, 280, 300, 320 ₰
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 ₰
Java-Einlage 95 ₰, mit Umbl. 110, 120, 130 ₰
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 ₰
Brasil-Decker 175, 200, 210 ₰
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 ₰
Mexiko-Decker (Andres) 300, 350 400 ₰
Havana 200, 250, 300, 400 ₰
Decker 700 ₰
Yara-Cuba 200, 220 ₰, feine Qualität
Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 ₰
Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 ₰
Domingo-Umbl. 110, 120, 130 ₰
Domingo-Einlage und Umblatt 100 ₰
Rio-Grande-Decker 120, 130 ₰ Einlage 110 ₰
Losgut, nur überseeische Original-Tabake, meist Umblatt, 100 ₰, **beste Sorte** leicht und sehr blattig 110 ₰

Wickelformen { neu und gebraucht in allen Fassons von 50—150 ₰ **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 ℳ. **Gummi-Tragants,** allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfd. 250 ₰. **Zigarrenband** pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 ₰, **Bastbändelband,** grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 ₰. [9
Preise per Pfund verzollt einschließlich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Carl Roland, Berlin SO. 26
Kottbuserstraße 4. [5
Sumatra-Tabake ℳ 1,60, 2,50, 3,20, 3,50, 3,80, 4.00, 5,50. Vorstenland-Decken ℳ 2,70, 3,10, 3,60. Java-Einlage ℳ 1,20, 1,30, 1,40. Java-Umblatt ℳ 1,75, 1,85. Brasil ℳ 1,30, 1,50, 1,85. Alle anderen Tabake billigst; reellste Bedienung.

Jacob Hirsch jr.
Mannheim B 1, 9. [10
Alle Sorten **in- u. ausländischer Tabake** zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.


Großer Schlager 1913
Drehfeuerzeug
Tadellose Funktion.
Dutz. nur Mk. 3,60
Muster gegen nur **50 Pfg.** in Briefmarken.
Paul Girnus,
Berlin 138,
Saarbrückerstr. 13.

Gelesene Tabak-Arbeiter
bilden ein vorzügliches Agitationsmittel, deshalb gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

Rohtabak-Handlung
Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen
Filiale Berlin N.,
Brunnenstraße 25. [25

Preiswerte Tabake.
Sumatra-Decker, 3. Länge Vollblatt, mittelhell, 180 ₰
Sumatra-Decker, 2. Länge Vollblatt, mittelhell, 230 ₰
Sumatra-Decker, 1. Länge hell, 450 ₰
Vorstenlanden-Decker, hell, 230 und 260 ₰
Java-Umblatt, Bezoeki, 140 ₰
Java-Einlage 85 ₰
Felix-Decker PP, Cruz das Almas, 200 und 220 ₰
Felix-Einlage, gestreckte Blätter, 140 ₰
Domingo FF, großes zartes Blatt, 125 ₰
Domingo F, Umblatt, 105 ₰
Domingo R, blattiger Aufarbeiter, 95 und 100 ₰
Carmen, großes Umblatt, beste Ware, 135 ₰
Carmen-Umblatt, Ia. Ware, 120 ₰
Carmen-Aufarbeiter, 110 ₰
Carmen-Einlage, 100 ₰
Havanna-Vuelta, Einlage mit Aufleger 200 ₰
Havanna-Einlage, saure Vuelta in Malotten 160 ₰
Mexiko-Decker, tadelloser Brand, 230 ₰
Losgut, rein amerikanisch, beste Ware, 95 ₰
Preise pr. ½ kg verzollt inkl. Wertzuschlag.
Versand nur gegen Nachnahme.
P. Zimmer, Bremen
Bulthauptstrasse.

H. Edling
Bremen, Fernspr. 5482
— anerkannt reelle, billige — Bezugsquelle sämtlicher Tabake empfiehlt
Sumatra-Decker (schneeweißer Brand) 180, 200, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500 ₰
Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140, 150, 160, 170 ₰, Stückblatt 130, 140, 150 ₰
Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 ₰, (mittel) 200, 230, 240, 250 ₰
Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 ₰
Java-Einlage 95, 100, 105, 110, 115 ₰
Vorstenland-Decker 180, 200, 230, 240, 260, 270, 300, 320, 350 ₰
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240 ₰
Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 ₰
Geschnittene Einlage 110 ₰
Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 130, allerfeinstes Umblatt 140 ₰
Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130 ₰
Seedleaf 110, 120 ₰
Losgut (blattig) 95, 100 ₰, Original-Mischung 105, 110, 120 ₰
Havanna 150, 200, 250, 300, 400 ₰
Decker 650 ₰
Yara-Cuba (sauer) 180, 200, 250 ₰

August Durlacher
Mannheim 2, B. 7, 9
Alle Sorten Tabake verzollt und versteuert inkl. Wertsteuer. Reelle Bedienung. Versand gegen Nachnahme mit 3% Skonto. Abgabe jeden Quantums. Gr. Formenlager.

Preiswerte Tabake.
Sumatra-Decker Nr. 506, 2. Länge Vollblatt, hellbraun, 220 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 556, 2. Länge Vollblatt, hell bis fahl, 260 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 504, 3. Länge Vollblatt, hell und seidig, 300 ₰
Sumatra-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellbrauner Qualitätstabak, 320 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 502, 2. Länge Vollblatt, mattbrauner Qualitätstabak, 350 ₰.
Java-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellfahl, 200 ₰.
Vorstenland-Decker Nr. 513, 1. Lg. Vollblatt, hellbraun, 260 ₰.
Vorstenland-Decker Nr. 512, 2. Lg. Vollblatt, hell, 330 ₰.
Brasil-Decker, tiefschwarz, sehr günstig deckend, 240, 270 ₰.
Mexiko-Decker, dunkler Qualitätstabak, 3 Pfd. deckend, 400 ₰.
Java-Umblatt, alles Vollblatt, 140, 150, 160, 170 ₰.
Domingo-Umblatt, großblattig, trocken, 120, 135 ₰.
Carmen-Umblatt, zart, gutschmeckend, 120, 130, 140 ₰.
Seedleaf, feine Qualität, 145 ₰.
Java-Einlage 105, 110, 115 ₰.
Carmen-Einlage 105, 110 ₰.
Brasil-Einlage 135, 145, 150, 160, 170 ₰.
Losgut, allerbeste Ware, viel Umblatt, 100 ₰. [8

Brinkmeier & Co.
Bremen, Geeren 42.

Grus 30, 60, 90, präp. Rip. 35, 9 Pfd. zus. geg. 5 ℳ postfrei, ff. Einlage, entrippt statt 1½ f. 125, Ia. Deli u. dopp. Umbl. 5% ab.
Kemmler, Inh. ..., Breslau 6.

Berichte.

Wittenberge. Am 1. Februar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Kartellbericht; 3. Wahl der Ortsverwaltung; 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung rügte der 1. Bevollmächtigte, daß im neuen Jahre die Faulheit unter den Mitgliedern noch größer ist wie im alten, es scheine, daß die Mitglieder lieber zu den bürgerlichen Vereinen zum Vergnügen gehen, als ihre eigenen Interessen in der Versammlung zu vertreten. Die Abrechnung wurde vom Kollegen Leuker verlesen und ihm Entlastung erteilt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Pohle; er hob hervor, daß die Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs wieder abgelehnt wurde, weil die Organisationen noch besser ausgebaut werden müßten, und erst ein Grundkapital geschaffen werden soll. Gewählt wurden Kollege Pohle als 1., Kollege Leuker als 2., Kollege Kramer als 3. Bevollmächtigter; als Revisoren die Kollegen Paul Wietusch und Paul Longino. Im Verschiedenen ersucht Kollege Pohle, doch fest und treu zum Verbande zu halten und die Versammlungsschwänzer tüchtig aufzurütteln, denn gewiß würden wir auch in diesem Jahre manchen Sturm zu bestehen haben.

Jastrow. Am 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, tagte im Vereinslokale unsere Vierteljahrsversammlung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1912; 2. Jahresbericht und Bericht der Kartelldelegierten; 3. Wahl des Gesamtvorstandes sowie der Kartelldelegierten; 4. Lokalkassenfrage; 5. Arbeitsnachweis; 6. Verschiedenes. Der Kassierer Bendlin verlas zu Punkt 1 die Abrechnung. Einnahme und Ausgabe bilanzierten mit 1262,13 ℳ. Nachdem die Abrechnung der Lokalkasse, mit einer Einnahme von 47,48 ℳ und Ausgabe von 20,80 ℳ, verlesen war, wurde den Kassierern Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt gab Kassierer Bendlin in kurzen Ausführungen den Vorstandsbericht. Den Kartellbericht gab der Delegierte P. Wendler. Aus den Ausführungen mußte ein jeder die rührige Tätigkeit des Kartells anerkennen. Zu Punkt 3 wurde der Kollege Artur Rünger mit 31 Stimmen zum ersten Bevollmächtigten gewählt. Der Kassierer Bendlin und der Schriftführer Aug. Stolz wurden per Akklamation wiedergewählt. Als Revisoren wurden Kollege L. Jakobi und Kollegin Elise König wiedergewählt. Als Lokalkassenverwaltung wurden die Kollegen Beuther, Jakobi und die Kollegin König gewählt. Zu Kartelldelegierten wurden die Kollegen Aug. Maaß, Carl Braun, Wilh. Weinke und E. Weise gewählt. Beim Punkt 4 wurde der Antrag gestellt, die Lokalkassenbeiträge von 20 ₰ auf 30 ₰ der männlichen Mitglieder, und die der weiblichen von 15 auf 20 ₰ zu erhöhen. Der Antrag wurde von dem Kassierer Bendlin begründet. Gegen den Antrag sprachen die Kollegen Bliesnick, Fl. Treschau, Schmidt und Weinke. Der Antrag wurde zurückgezogen. Der Antrag, die alten Beiträge weiterzuzahlen, wurde angenommen. Punkt 5, Arbeitsnachweis, wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Kollege Hoffmann in der Versammlung nicht anwesend sein konnte. Zum Punkt Verschiedenes gibt Bendlin bekannt, daß die Mißstände der Fabrik Taubenschlag geregelt seien. Weiter stellt Kollege Bliesnick den Antrag, den Kartelldelegierten 20 oder 30 ₰ aus der Lokalkasse zu bewilligen. Nachdem Kollege Treschan gegen den Antrag gesprochen hatte, wurde derselbe angenommen. Antrag P. Wendler: Kartellbeiträge der männlichen sowie weiblichen Mitglieder auf 10 ₰ festzusetzen wurde angenommen. Es wurde ferner über Mißstände am Orte scharfe Kritik geübt. Kollege Wendler möchte die kleinen Fabriken mehr berücksichtigt wissen. Es wurde ein Antrag angenommen, den Gauleiter zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung kommen zu lassen; die Tagesordnung dieser Versammlung soll lauten: Die Lohnfrage am Orte. Um 7 Uhr wurde die etwas lebhafte Versammlung geschlossen.

Chemnitz. Mitgliederversammlung vom 6. Februar. Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Neuwahl der Verwaltung; 3. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und der Verwaltung Entlastung erteilt. Beim 2. Punkt wurde von mehreren Kollegen erklärt, daß eine neue Ortsverwaltung in Chemnitz ein großes Arbeitsfeld habe. Gewählt wurden dann Valentin Keil als 1., Rudolf Neubert als 2., Wilhelm Holtwick als 3. Bevollmächtigter; Emil Scherzer und Oskar Richter als Revisoren. Zum Kartelldelegierten wurde Valentin Keil gewählt. Unter Verschiedenes wurde vom Kollegen Holtwick erläutert, daß die auswärtigen Mitglieder, welche der Zahlstelle Chemnitz angehören, laut Beschluß der Braunschweiger Generalversammlung ebenfalls den Lokalbeitrag zu entrichten hätten; demgemäß wurde beschlossen. Ferner wurde angeregt, in allernächster Zeit eine Hausagitation zu unternehmen. Gauleiter O. Wenzel äußerte sich in zustimmendem Sinne. Anschließend gab Kollege Wenzel eine Uebersicht über Bestimmungen und Handhabung des Hausarbeitsgesetzes. Zum Schluß wurde vom Kollegen Rusch den Mitgliedern ans Herz gelegt, ferner die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen, um in gemeinsamer Arbeit endlich einmal die Hungerlöhne, wie sie in Chemnitz noch existieren, beseitigen zu können. Diese Versammlung zeigte einen befriedigenden Besuch. Kollegen und Kolleginnen! Erscheint in der nächsten Versammlung massenhaft und werbet neue Mitglieder! Erst dann wird unser Vorhaben gelingen. Einer ist nichts, vereint sind wir alles!

Leipzig. Am 8. Februar fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Franz teilte der Versammlung mit, daß sich die Neuwahl des 1. Bevollmächtigten notwendig mache, da der Kollege Rosenfeld sich genötigt sieht, in absehbarer Zeit Leipzig zu verlassen. Redner ersucht die Anwesenden, geeignete Kollegen für dieses Amt in Vorschlag zu bringen. Es wurden acht Kollegen in Vorschlag gebracht, welche aber sämtlich eine Wahl ablehnten. Einige begründeten ihre Ablehnung damit, daß sie keinen eigenen Hausstand führen, und in Schlafstelle bei fremden Leuten hätten sie nicht die genügende Ruhe, um die Arbeiten eines derartigen Amtes auszuführen. Kollege Pietsch meint, daß es das Zweckmäßigste sei, wenn dieser Posten wieder durch einen Sortierer vertreten wird, und bedauert, daß alle Sortiererkollegen abgelehnt haben. Kollege Rosenfeld bemerkt, daß es für die Sortierer nicht mehr so einfach sei, ein solches Amt zu übernehmen. Die Fabrikanten wären seit der letzten Lohnbewegung der Sortierer anscheinend bestrebt, sich der im Verband besonders tätigen Kollegen zu entledigen oder vom Halse zu halten. Gauleiter Wenzel bemerkt hierzu: Die Frage, ob ein Sortierer oder ein Zigarrenarbeiter zu wählen ist, müsse grundsätzlich vermieden werden, da wir ja alle Mitglieder eines Verbandes sind. Wenn die Fabrikanten wegen der letzten Lohnbewegung Rache üben und nun keine der bekannten Kollegen in Arbeit nehmen wollen, so dürfe man zu solchen Firmen überhaupt keine Sortierer schicken, es sei dann Pflicht der Ortsleitung, solche Betriebe zu sperren, wenn man der Maßregelungspraxis nicht Tür und Tor öffnen wollte. Kollege Franz machte den Vorschlag, diesen Punkt bis zur nächsten Versammlung zu vertagen, damit sich die Ortsleitung nochmals mit der Sache beschäftigen könne, um eine Klärung in dieser Angelegenheit herbeizuführen. Diesem wurde zugestimmt. Kollege Wolf gab hierauf den Bericht vom Vergnügen, welches einen Ueberschuß gebracht hatte. Einem Antrag, in welchem die Verwaltung beauftragt wird, ein größeres Lokal für das nächste Vergnügen festzulegen, und diesbezügliche Schritte schon jetzt zu unternehmen, wurde zugestimmt. Kollege Franz gab noch über die neuen Bestimmungen des Vorstandes, welche die Arbeitslosenunterstützung betreffen, über denen, in den Reihen der Mitglieder noch einige Unklarheit herrscht, Aufschluß. Anschließend an diese Versammlung tagte noch eine Sektionsversammlung der Sortierer, in der der Kassierer über die Einnahmen und Ausgaben der Extrabeiträge zur Unterstützung der gemaßregelten Kollegen von der Firma Abel & Brunner berichtete. Genannte Firma soll auch weiter für die Leipziger Kollegen gesperrt bleiben. Es wurde der Vorschlag gemacht, beim Vorstand die Sperre über Leipzig zu beantragen, welchem auch einstimmig zugestimmt wurde. Hierauf wurde noch über eine besondere Angelegenheit beraten, welche dem Vorstand zur Prüfung und Begutachtung übermittelt werden soll. Dann erfolgte die Neuwahl der Sektionsleitung sowie des Arbeitsnachweisleiters.

Zehdenick. In der am 9. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung gab der Kollege Meißner den Kassenbericht; die Abrechnung ist von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden. Den Kartellbericht gab Kollege Meißner. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen K. Meißner als 1., Joh. Lom als 2. Hermann Milow als 3. Bevollmächtigter, die Kollegen Karl Gregor und Hermann Winkler als Revisoren. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Hermann Milow gewählt. Die Versammlung beschäftigte sich auch mit der Pensionierung eines Gauleiters. Die Versammlung ist der Ansicht, daß der Verband nicht als Pensionskasse für ausgediente Beamte gelten kann. Es soll durchaus nicht bestritten werden, daß sich der betreffende Gauleiter Verdienste für den Verband erworben hat, aber dann hätten schon viele Kollegen, welche für den Verband agitiert haben und deshalb die Arbeit verloren haben und vielleicht wegen ihres zu hohen Alters überhaupt keine Arbeit bekommen haben, pensioniert werden müssen. Die bekommen nur ihre statutenmäßige Unterstützung und was dann aus ihnen wird, darum kümmert sich kein Vorstand und auch kein Ausschuß. Auch können es die Kollegen nicht begreifen, daß sich der Ausschuß auf die Seite des Vorstandes stellt. Der Paragraph 9 muß seine gerechte Auslegung haben und darum, Kollegen, protestiert heftig gegen den Vorstandsbeschluß.

Blotho. Nachklänge von der Aussperrung der Tabakarbeiter. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung hatten sich heute vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten die Zigarrenarbeiter Kreye, Eversmeyer, Bradt und Brinkmann von hier. Im September 1911 war hier bekanntlich ein Streik der Arbeiter der Zigarrenfabrik Niemann & Tintelnot ausgebrochen, der später die große Tabakarbeiteraussperrung nach sich zog. Gelegentlich des Streiks sind nun eines Abends die arbeitswilligen Sortierer Gebrüder Wittemeyer und Hartwig an den Angeklagten vorbeigegangen und haben „guten Abend" geboten, worauf Kreye erwidert haben soll: „Schämt ihr euch nicht, uns zu grüßen? Ihr Streikbrecher!" Dann sollen die Angeklagten die Streikbrecher verfolgt und gemeinschaftlich durch beleidigende Zurufe belästigt haben. Die drei arbeitswilligen Sortierer waren heute als Belastungszeugen erschienen und beschworen den vorerwähnten Sachverhalt, trotzdem Kreye energisch bestritt, das Wort „Streikbrecher" überhaupt gebraucht zu haben. Außerdem führte der Weg, den die Arbeitswilligen zu gehen hatten, auch zur Wohnung des Kreye und dieser ist auch nur auf dem Wege zu seiner Wohnung gewesen. Der Verteidiger erklärte die Sache als ziemlich belanglos, wie sie bei keinem Streik ausbliebe. Der Amtsanwalt hingegen stellte die Handlungsweise der Angeklagten als einen Fall krassesten Terrorismus dar, und forderte energisches Einschreiten zum Schutze der Arbeitswilligen. Er beantragte für jeden Angeklagten 1 Monat Gefängnis. Das Gericht beurteilte die Angelegenheit bedeutend milder; kam aber immerhin zu einer Verurteilung. Es erhielten Kreye 3 Tage, Bradt und Eversmeyer je 2 Tage Gefängnis. Brinkmann wurde freigesprochen unter Uebernahme von dessen Kosten und persönlichen Auslagen auf die Staatskasse, da dieser gar nicht dabeigewesen, sondern infolge einer Namensverwechslung mit angeklagt war.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, **Bremen**, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephon Nr. 6046.
Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an **W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32.** — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Postscheckkonto Nr. 5340 beim Postscheckamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an **Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32,** zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an **Gustav Nienborg, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32,** zu adressieren.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an **Emil Eilken, Altona-Ottensen, Hohenesch 3,** zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als verloren wurde gemeldet: Waldorf: das Mitgliedsbuch, lautend auf **August Diekmann aus Nonneberg** S II Nr. 15 143, aufgen. 18. 10. 09. Im Vorzeigungsfalle ist das Buch zu konfiszieren und an den Vorstand einzusenden.

Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenmacher **Friedr. Kliver aus Cleve**, geb. 21. März 1877, befindet, werden ersucht, dessen genaue Adresse umgehend an den Vorstand einzusenden. (Siehe Br. Nr. 412.)

Den Mitgliedern zur Beachtung!

Mitglieder, welche die Absicht haben, ihre Arbeitsstelle zu wechseln, und solche, die sich auf Wanderschaft befinden, sind verpflichtet, sich vorher stets an die Bevollmächtigten desjenigen Ortes zu wenden, wo sie Arbeit anzunehmen gedenken.

Das Umschauen auf den Fabriken ist streng untersagt.

Wer von den Zureisenden dieses außer acht läßt, erhält keine Unterstützung. Alle Mitglieder wollen daher im eigensten Interesse vorher bei im Gau und in Zahlstellen verwalteten Arbeitsnachweisen Nachfrage halten. Man schneide sich die Arbeitsnachweisstelle aus.

Hamburg und Umgebung. Infolge **großer Arbeitslosigkeit** ist der Zuzug nach Hamburg und Umgebung **fernzuhalten.** Mitglieder, die trotz dieser Warnung hier zureisen, **erhalten keine Unterstützung.**

„Volksfürsorge".

Der heutigen Sendung des „Tabak-Arbeiter" liegt für die Verwaltungen ein Rundschreiben, der Organisationsplan der „Volksfürsorge" und Agitationsmaterialien bei.

Adressenänderungen der Gauleiter.

Der Gauleiter des jetzigen Gaues Berlin, **Robert Hentzschel, wohnt vom 1. März ab Berlin-Pankow, Arkonastr. 71 II.** Wir ersuchen die Bevollmächtigten der früheren Gaue **Berlin und Elbing,** alle für die Gauleitung bestimmten Zuschriften an diese Adresse zu richten.

Der Vorstand.

Abrechnungen vom 4. Quartal 1912 gingen beim Vorstand ein in der Zeit vom 11. bis 18. Februar 1913:
Gau Hamburg: Bremerhaven.
Gau Dresden: Chemnitz.
Gau Berlin: Wusterhausen a. D., Landsberg.

Vom Vorstande sind ernannt:

Wusterhausen: Ferd. Wilke 1., Rich Schulz, 2. Bev., Herm. Hellwich, Aug. Kreis, Kontr.
Sprottau: Rich Speer 1., J. Czindsolors 2., A. Bürgerl, 3. Bev.; Rob. Kulamzki, Aug. Drieschner, P. Krause, Kontr.
Seifhennersdorf: Emil Heftmann 1., Herm. Roscher 2., Alfred Arlt 3. Bev., J. Mattetschke, B. Hilme, Kontr.
Pyrmont: Karl Kleine 1., Wilh. Ebel 2., Wilhelm Hundertmark 3. Bev., Wolrad Scheller, Karl Heider, Kontr.
Zehdenick: Karl Meißner 1., Joh. Lom 2., Herm. Milow 3. Bev., Karl Gregor, Herm. Winkler, Kontr.
Wiseck: Ludwig Seibert 1., Karl Bernhardt 2., Wilh. Oberschelp 3. Bev., Marie Voigt, Heinr. Seibert und Kath. Röser, Kontr.
Henchelheim: Wilh. Hoffmann 1., Karl Reichel 2., Karl Koch 3. Bev., Heinr. Görr und Lina Steinmüller, Kontr.
Elbing: Oskar Eisenblätter 1. Bev.
Halbau: Lud. Bliesnick 1., Paul Graf 2., Gustav Staar 3. Bev., Fritz Neumann, Otto Frenzel, Kontr.
Ostersheim: Heinr. Uhrig 1., Johann Gelb 2., Johann Uhrig 3. Bev., Anna Kehler, Minna Schwarz, Kontr.
Leipzig: Osw. Franz 2., Rich. Rothe 3. Bev., Heinrich Öhlig, Karl Opitz, Kontr.
Sorau: Max Schulz 1., Max Dettmer 2., Alfr. Appelt 3. Bev., Herm. Leonhardt, Arno Bobrich, Kontr.
Großhartmannsdorf: Joh. Beyer, 2. Bev.
Großschönau: Paul Herbig 1., Adolf Scholz 2. Bev., Hermann Hoffmann, Wilh. Husemann, Kurt Bürger, Rev.

Adressenänderungen.

Sprottau: Der 1. Bev. Rich. Speer wohnt Mühlstr. 60.
Lübben: Der 1. Bev. Paul Winderlich wohnt Lübben-Kitz.
Leipzig: Alle die Zahlstelle Leipzig betreffenden Zuschriften sind bis auf weiteres an Oswald Franz, Leipzig-Lindenau, Merseburgerstr. 60 II, zu richten.
Zehdenick: Der 1. Bev. Karl Meißner wohnt Kapellenstr. 16. Der 2. Bev. Joh. Lom, Kaiser-Friedrichstr. 8.
Wiseck: Der 1. Bev. Ludwig Seibert wohnt Ecke 7.
Elbing: Der 1. Bev. Oskar Eisenblätter wohnt Mattendorfstr. 3.
Halbau: Der 1. Bev. Lud. Bliesnick wohnt Kirchpl. 4 I.
Großhartmannsdorf: Der 2. Bev. Joh. Beyer wohnt Großhartmannsdorf.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

A.-U. = Arbeitslosenunterstützung. K.-U. = Krankenunterstützung.
Halbau: A.-U. u. K.-U. beim 1. Bev. Lud. Bliesnick, Kirchpl. 4 I.

Vom 11. bis 16. Februar 1913 sind folgende Gelder bei mir eingegangen (V. = Verbandsbeiträge, F. = Freiwillige Beiträge, Z. = Zurückgezahlt):

8. Februar: Mühlhausen i. Thür. V. 100,—. Hamburg V. 100,—. Finsterwalde V. 50,—. Berlin V. 300,—. **9. Februar:** Gandersheim V. 100,—. Neuruppin V. 100,—. **10. Februar:** Volzenburg V. 20,—. Lemgo V. 150,—. Scharmbeck V. 100,—, F. 100,—. Forst V. 45,—. Sorau V. 50,—. Walldorf b. Heidelberg V. 10,—, Z. 20,—. **11. Februar:** Schöneck V. 200,—. Brieg V. 50,—. Lübben V. 120,—. **12. Februar:** Bamberg V. 200,—. Lenzinghausen V. 176,—. Bremerhaven V. 77,—. **13. Februar:** Döbeln V. 250,—. Burgdamm V. 200,—. **14. Februar:** Neuenkirchen V. 50,—. Görlitz V. 700,—.

Bremen, den 17. Februar 1913.

W. Nieder-Welland, Kassierer.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

Für den Gau Hamburg:
Altona: Gottlieb Ostertag, Bureau: Eimsbüttelerstraße 10.

Für Bremen:
Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.

Für den Gau Braunschweig:
Braunschweig: Ernst Sparkäse, Mauernstraße 48, II. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten Zugereiste dort Arbeitslosenunterstützung.

Für den Gau Nordhausen:
Nordhausen: Verbandsbureau: Wolfstraße 14.
Mühlhausen i. Th.: Emil Rothe, Rosenstraße 8.

Für den Gau Herford:
Herford: Wilhelm Schlüter, Bureau, Kurfürstenstraße 8.
Bünde: Karl Menke, Bahnhofstr. 4.

Für den Gau Köln:
Köln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.

Für den Gau Frankfurt a. M.:
Frankfurt a. M.: Franz Schnell, Gneisenaustr. 113 II.

Für den Gau Offenburg:
Offenburg: Georg Durban, Turnhallenstraße 11 I.

Für den Gau Heidelberg:
Heidelberg. Gauleiter Chr. Stock, Hauptstr. 118 a, II. Seitenbau.
Mannheim: Ferd. Dahms, G. 5, 1.

Für den Gau Karlsruhe:
Karlsruhe: Ad. Heising, Werderstraße 95, prt.

Für den Gau Erfurt:
Erfurt: Anton Fischer, Ulestedterstraße 28. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachm.

Für den Gau Dresden:
Dresden-A.: Joseph Domeyer, Ritzenbergstr. 2 III, Zimmer 34. Walter Nobis, Dresden-Pischen, Torgauerstr. 56, prt., für die Sortierer.

Für den Gau Breslau:
Breslau: Wilhelm Krämer, Kupferschmiedestraße, Ecke Oderstraße 29 I.

Für den Gau Berlin:
Berlin: Alwin Schulze, Berlin. Bureau: Dragonerstraße 6a, vorn, II. Etg.

Für den Gau Elbing:
Elbing: Robert Hentzschel, Erste-Niederstraße 13.

Arbeitsnachweis für Sortierer und Kistenbekleber

Leipzig: Ferd. Folle, Leipzig-R., Gabelsbergerstr. 30 II.
Blotho: Heinr. Waltermann, Blotho, Wasserstr. 33.
Freiberg: Carl Feldmann, Fürstentalstr. 6 II.
Breslau: Rich. Langner, Fischergasse 8.
Hockenheim. Mart. Trautlein, Luisenstr. 11.
Brieg: Auskunft in Arbeitsangelegenheiten für Sortierer erteilt: Carl Sauske, Neuhäuserstr. 56.
Döbeln: Franz Fanta, Staupitzstr. 18 I.
Altenburg (S.-A.): Ernst Kirmse, Jungfergasse 63 II.
Berlin: Otto Krämer, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 196.
Bremen: Louis Mehner, Neustadtskontrescarpe, Ecke Hegelstr.
Waldheim: Herm. Segura, Talstr. 8, II.
Delitzsch: Oswald Heidlich, Dübenerstr. 2.
Erfurt: Otto Ellerich, Kleiststr. 18 pt.
Apolda: Edm. Döring, Hermstedterstr. 46.
Bünde: Carl Menke, Bahnhofstr. 4.
Frankenberg: Max Tottewitz, Reichstr. 11.
Bautzen: Valentin Markwitz, Strehlaerstr. 12.
Mittweida: Walter Raabe, Steinweg 70.

Arbeitsangebote.

Eine Wickelmacherin in einem Ort in Sachsen. Nachzufragen Arbeitsnachweis Dresden.

Ein Zigarenmacher mit Wickelmacher. Nachzufragen Arbeitsnachweis Frankfurt a. M.

Mitglieder-Versammlungen.

Jeder ernsthafte Gewerkschafter besucht regelmäßig die Versammlungen!

Sonntag, den 23. Februar:

Waldkappel: Nachm. 4. T.-O. wird in der Versammlung bek. geg.
Hartmannsdorf: Nachm. 3, Gasthof zu Hartmannsdorf.
Oeffentliche Tabakarbeiterversammlung.
Mihla: Montag, den 24. Februar, abds., im Gasthof zur „Goldenen Aue". T.-O.: „Tabaktrusts und -Monopole, ihre Wirkungen und Gefahren für die Tabakarbeiterschaft". Ref. Kollege Wilhelm Fehr II, Mihla.

Gestorben:

Am 8. Februar zu Hamburg **Fritz Brandt** aus Unna, 72 Jahre alt.

Am 11. Februar zu Schiffbek **Adolf Bohlen** aus Steinbeck, 42 Jahre alt.

Am 16. Februar zu Hamburg **Joh. Siefkens** aus Barmstedter-Wisch, 67 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

H Ca. 15000 gebrauchte Formen F

in ungefähr 300 verschiedenen Fassons auf Lager.

Soeben 3000 **nur moderne** Formen neu eingetroffen!

Die Formen sind gut erhalten, vielfach wie neu. Große Posten jeder Sorte.

Fast nur moderne Fassons, darunter alle Spezialitäten!

Sehr billige Verkaufspreise! Verlangen Sie Musterbogen!

= Mein Lager gebrauchter Formen wird ständig ergänzt! =

Java-Bezoeki-Decke Nr. 1834. Vollblatt 2. Länge reif, edel, schneew. Brand **Mk. 2.10**

Noch sehr grosses Lager in **1910er Uckermärker Tabaken!**

Horrend billige **Sumatra-Decken!**

Heinrich Franck

Berlin N. 54 :: Brunnen-Strasse 22

Gegründet 1879 — Postscheckkonto: Berlin 1738 — Telephon: Amt Norden 4352

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.
Verzolltes Lager aller Sorten Tabake u. Kontor Bünde-Bahnhof
Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.
Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch **bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zollkredit.**

Spezialität in **Sumatra- u. Vorstenlanden-Decktabaken.**
Nur tadellos weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.

Grosses Lager in Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.

Verlangen Sie Preisliste und Muster.
Probe-Postkolli aller Sorten auf Wunsch.

Guterhaltene Proben ausverkaufter Tabake — Durchschnittspreis für
I. Sortierung per Pfund **3.00** Mk. verz.
II. Sortierung per Pfund **2.50** Mk. verz.
Deckblatt-Tabake: III. Sortierung per Pfund **2.00** Mk. verz.
von Umbl.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund **1.50** Mk. verzollt, II. Sortierung per Pfund **1.30** Mk. verzollt
Geschnittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt **1.10** Mk. verzollt. [17

Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Uebereinkunft. Jeder Versuch führt zu geregelter Verbindung.

Rohtabak.

Nur gut brennende Tabake

Sumatra-Decker, hell, 2. u. 3. Länge, 280, 380, 400, mittel hell 190, 210, 230, 240, 250, dunkel 180, 270 ₰, alles Vorkl., -Umblatt 165, 180, -Einlage u. -Umblatt 185 ₰. Vorstenland-Decker hell 280, 350, dunkel, Brasil-Ersatz, 200, 210, 220, 230 ₰. Java-Umblatt 120, 130, 140, 150, 160, 165, -Einlage u. -Umblatt 120, 130 ₰, leichte Art. Carmen und Domingo-Umblatt 125 ₰. Seedleaf-Umblatt 130, 140 ₰. Mexico-Decker 150, 180, 200 ₰. Brasil-Decker 250, 250, 300, 350, -Einlage u. -Umblatt 130, 140, 150, 160 ₰. Brasil- u. Havannablätter 140 ₰. Havanna-Einlage, -Umblatt u. -Decker 230 ₰, mit tadellosem Brand. Losgut, rein überseeisch, bestehend aus Java, Domingo, Brasil, Havanna-, Carmen-, Sumatra-, Seedleaf-Blättern (Probestubenlosgut) 110 ₰, original 110, 120 ₰
— Versand nur gegen Nachnahme. —

H. Hüsemann • Bremen
Rohtabakhandlung
Hohelor-Ch. 105. Telephon 2880.

Offeriere div. hundert Zentner

gemischte fertige Zigarreneinlage

pro Pfund 95 ₰, bei Abnahme von 100 Pfund 90.— M. Franko Zusendung. Hochfeine Mischung zu 5 ₰-Zigarren. Ill. Preisliste gratis und franko. Versand nur unter Nachnahme. [18

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Aeltestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegr. 1886.

Die Bevollmächtigten, in deren Zahlstelle sich der Zigarettenarbeiter

Israel Selmannsohn

befindet, mögen seine Adresse wegen einer Mitteilung an mich einsenden

Alois Becker
Stuttgart-Berg, Kanalstr. 24.

Wilh. Rolfing
aus **Rolfshausen (Westf.)**, um seine Adresse bitten
die Zigarrenarbeiter von Willi Lempfert, Rellinghusen (Holst.)

Die Bevollmächtigten werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Um Mitteilung des Aufenthalts des Sortierers

Hans Haak
aus **Altendorf (Bez. Ratibor)**
wird gebeten.

M. Werner
Leipzig, Gabelsbergerstr. 30 II r.

Unserm Kollegen **Edwin Uhlmann** zu seinem am 22. Februar stattfindenden Geburtstag ein 999 mal donnerndes Hoch.

Wie werds wärn?

Die Kollegen der Zigarrenfabrik von Paul Barthel, Lunzenau.

Unserm lieben Kollegen **W. Großhans** zu seinem am 25. Februar stattfindenden 26. Wiegenfeste

die herzlichste Gratulation.

Seine organisierten Kollegen von Stausenberg.

Geldnot

ist das Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie am rechten Ziel. In dem Kleidermagazin erhalten Sie von

Millionären

Reisenden, Kavalieren, Doktoren nur wenig getragene **reinwollene, vielfach auf Seide** gearbeitete Sachen. Sie kaufen reell und billig nur bei

M. Diamand, München
Buttermelcherstrasse 5

Verlangen Sie **noch heute** ohne Verbindlichkeit meinen Katalog 38, welcher Ihnen gratis und franko zu Diensten steht. Die bedeutenden Vorteile, welche ich Ihnen biete, werden Sie dann selbst erkennen.

Sakko-Anzüge, 1- und 2-reihig	von M.	10—40
Schwalbenrock-Anzüge	„ „	7—35
Gehrock-Anzüge, schwarz und Modefarben	„ „	10—40
Frack- und Smoking-Anzüge	„ „	10—45
Einzelne Hosen und Sakko	„ „	3—10
Moderne engl. Ulster, 1- und 2-reihig	„ „	6—30
Winterüberzieher	„ „	4—18
Gummi-Mäntel in allen Farben	„ „	14—30
Stadt-Pelze	„ „	60—200

Große Abteilung für hochfeine neue Garderobe zu staunend billigen Preisen.

Bitte ausgeschlossen, da für nichtkonvenierende Waren anstandslos das Geld zurückgegeben oder auf Wunsch umgetauscht wird.

Versand nur per Nachnahme.

Versandhaus! — Versandhaus!

W. Hermann Müller

= Berlin, Magazinstrasse 14 =

Java-Umblatt No. 7124
sehr lieferungsfähig, leicht und brandsicher, nur ₰ 1.50 pro Pfund verzollt.

Sumatra No. 6869
2. Länge Vollblatt, alter Tabak, nur ₰ 2.25 pr. Pfund verzollt.

Beordern Sie Muster!

Schweine-

Stückenfleisch (Rippchen, Rücken, Kopfstücke, Schnauzen, Ohren, fleischige Beine) frisch gesalzene, garantiert hiesige Ware. 10 Pfd. Postkolli Mk. 3.80, Kübel mit 25 und 50 Pfd. per Pfd. nur 38 Pfg.

Käse, Holsteiner Holländer

saftig u. schnittig, kein Kunstpred., netto 9 Pfd. Mk. 3.95 Nachn. franko. Versand Dragoner, Barkel 112, Schleswig.

= Zigaretten-Pergament-Papier =

für Flach-, Rund- und andere Sorten. Nur beste Qualität, garantiert unbrechbar. Muster franko.

Sotier Jankoff, Pankow, Granitstr. 6.

Briefkasten. Kellinghusen 80 ₰. Stausenberg 150 ₰. — Leipzig 70 ₰. — Stuttgart 80 ₰.

Robert Oehler, Berlin SO. 26, Cottbuser Strasse 2

Billigste und beste Bezugsquelle für

Rohtabak aller Art

Ohne Konkurrenz weil Umsatzprovision bereits von 300 Mark ab. — Fordern Sie sofort Preisliste oder beordern Sie Probesendung!

Verantwortlicher Redakteur: G. Riesbeck. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, G. m. b. H. — Druck: Kramer Buchdruckerei und Verlagsanstalt L. H. Schmalfeldt & Co., sämtlich in Bremen.